

# MITTWOCH, 27. JUNI 2007

**VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING**

*Präsident*

*(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr eröffnet.)*

## **1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode**

**Der Präsident.** Ich erkläre die am Donnerstag, dem 21. Juni 2007, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

## **2. Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen (Unterzeichnung des Rechtsakts)**

**Der Präsident.** Es ist mir eine große Freude, heute in dieser außerordentlichen Plenarsitzung des Europäischen Parlaments die Präsidentin des Europäischen Rates, Sie, liebe Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, sehr herzlich zu begrüßen.

*(Beifall)*

Mit Spannung erwarten wir Ihren Bericht über die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni sowie über die Tätigkeiten und Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft. Ebenso ist es eine Freude, den Kommissionspräsidenten, José Manuel Durão Barroso bei uns zu begrüßen. Herzlich willkommen, Herr Kommissionspräsident!

Bevor wir jedoch zur Aussprache über den Gipfel kommen, ist es ein erfreuliches Erlebnis, gemeinsam mit der Präsidentin des Europäischen Rates eine wichtige neue EU-Verordnung zu unterzeichnen. Mit unserer Unterschrift unter die Roaming-Verordnung setzen wir gleichzeitig den Schlusspunkt einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union.

*(Probleme mit der Tontechnik)*

Europa gelingt nicht immer sofort. Aber wenn wir geduldig sind, gelingt es.

Was die Technologie betrifft, so müssen wir noch etwas tun. Der Kommissionspräsident hat mit seinem Technologieinstitut doch Recht. Herr Kommissionspräsident, wir müssen Fortschritte machen!

Heute ist ein guter Tag für 140 Millionen Mobiltelefon-Konsumenten in der Europäischen Union. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger schnell, entschlossen und effizient gehandelt: Nach einer Rekordzeit von nur 11 Monaten nach Vorlage des Verordnungsentwurfes durch die Kommission tritt am Ende dieser Woche, am 30. Juni, die neue Roaming-Verordnung in Kraft.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei der Kommission und in besonderer Weise bei Kommissarin Viviane Reding für ihre Initiative, ihren mutigen Vorschlag und ihre aktive Rolle im Zuge der Verhandlungen danken.

*(Beifall)*

Mein Dank gilt auch der deutschen Ratspräsidentschaft, die die Bedeutung dieser Entscheidung für die Bürgerinnen und Bürger erkannt und sich deshalb mit großem Engagement und bewährtem Verhandlungsgeschick für eine rasche Lösung auf Ratsebene eingesetzt hat.

Ganz besonderer Dank gebührt unserem Berichterstatter, Paul Rübig, sowie der Vorsitzenden des Industrieausschusses, Angelika Niebler. Sie haben dieses schwierige Dossier sicher und bestimmt durch den Ausschuss gesteuert und ein für die Konsumenten hervorragendes und überzeugendes Ergebnis erzielen können.

Bereits ab diesem Sommer werden Mobiltelefonkunden von nachhaltig gesenkten Roaming-Tarifen profitieren können. Mehr Preistransparenz und eine schnelle und persönliche Kosteninformation sofort nach Grenzübertritt führen zu mehr Kundenfreundlichkeit und einer Senkung der Preise.

Heute beseitigt die Europäische Union ein wichtiges Hindernis für den weiteren Ausbau der Freizügigkeit von Personen in der Europäischen Union. Das ist ein gutes Beispiel für ein Europa der Ergebnisse, für eine Union, deren Handeln den Bürgerinnen und Bürgern einen konkret erfahrbaren Mehrwert bringt.

Frau Präsidentin, das Prozedere sieht vor, dass Sie vor Ihrem großen Bericht freundlicherweise auch einige Bemerkungen zur Roaming-Verordnung machen.

**Angela Merkel, amtierende Ratspräsidentin.** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht jede Verordnung kann man einfach erklären, diese hier schon. Wer so etwas besitzt, kann in Zukunft von einem europäischen Land in das andere einfacher und vor allen Dingen billiger telefonieren. Ich bin mir ganz sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas das sehr schätzen werden und deshalb sollten wir die Verordnung schnell unterzeichnen, lieber Herr Präsident!

*(Beifall)*

### **3. Tagung des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni 2007 – Tätigkeitshalbjahr des deutschen Vorsitzes (Bericht und Erklärungen mit anschließender Aussprache)**

**Der Präsident.** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zur Beratung des Ergebnisses des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni. Sie, Frau Präsidentin des Europäischen Rates, liebe Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, sprechen heute zum vierten Mal zu den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Dies setzt Maßstäbe für jede nachfolgende Präsidentschaft. Ich möchte den Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden und der weiteren Kolleginnen und Kollegen nicht vorgreifen. Aber ich möchte doch zum Ausdruck bringen: Wir danken Ihnen für Ihren guten Willen, Ihre Geduld, aber vor allem für Ihre europäische Entschlossenheit, ohne die das Ergebnis des Gipfels in Brüssel nicht möglich gewesen wäre. Herzlichen Dank, Bundeskanzlerin Angela Merkel!

*(Beifall)*

Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über den Bericht des Europäischen Rates und die Erklärung der Kommission über die Tagung des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni 2007 und die Erklärung des Rates zum Tätigkeitshalbjahr des deutschen Vorsitzes.

Frau Präsidentin des Europäischen Rates, liebe Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, Sie sprechen heute zum vierten Mal zu den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Dies setzt Maßstäbe für jede nachfolgende Präsidentschaft. Ich möchte den Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden und der weiteren Kolleginnen und Kollegen nicht vorgreifen. Aber ich möchte doch zum Ausdruck bringen: Wir danken Ihnen für Ihren guten Willen, Ihre Geduld, aber vor allem für Ihre europäische Entschlossenheit, ohne die das Ergebnis des Gipfels in Brüssel nicht möglich gewesen wäre. Herzlichen Dank, Bundeskanzlerin Angela Merkel!

*(Beifall)*

Ich darf Sie, Frau Ratspräsidentin, nun bitten, zu uns zu sprechen.

**Angela Merkel, amtierende Ratspräsidentin.** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur wenige Tage nach einem denkwürdigen Europäischen Rat möchte ich in dieser Stunde zuerst an unseren Festakt zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge im März in Berlin denken. Damals haben wir uns bewusst gemacht: 50 Jahre Römische Verträge, 50 Jahre Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das ist im Grunde nicht mehr als ein Wimpernschlag in der Geschichte. Und ob es eines Tages mehr sein werden ...

*(Probleme mit der Tontechnik)*

**Der Präsident.** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche es noch einmal. Ist die Übersetzung jetzt in Ordnung?

Frau Ratspräsidentin, versuchen wir es bitte noch einmal. Man muss in Europa etwas Geduld haben. Ich bitte um Nachsicht.

**Angela Merkel, amtierende Ratspräsidentin.** Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus dem Europäischen Parlament, meine Damen und Herren! Nur wenige Tage nach

einem denkwürdigen Europäischen Rat möchte ich in dieser Stunde zuerst an unseren Festakt zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge im März in Berlin denken. Damals haben wir uns bewusst gemacht: 50 Jahre Römische Verträge, 50 Jahre Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das ist im Grunde nicht mehr als ein Wimpernschlag in der Geschichte. Und ob es eines Tages mehr als das sein wird, wissen wir nicht.

Bei dem Festakt im März haben wir deutlich gemacht, nichts von all dem, von Frieden und Freiheit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nichts von all dem ist selbstverständlich. Alles muss immer aufs Neue gestärkt und verteidigt werden, Stillstand bedeutet Rückschritt. Vertrauen aufbauen braucht Jahrzehnte, Vertrauen enttäuschen, das geht über Nacht. Ja, das geht über Nacht. Bei einer Spaltung kommt Europa schneller aus dem Tritt, als mancher glauben mag.

Kurzum, die Europäische Einigung muss immer wieder neu erarbeitet und gesichert werden. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass uns genau das mit dem Ergebnis des letzten EU-Rates gelungen ist. Wir haben die Weichen für eine erneuerte, gemeinsame Grundlage der Europäischen Union gestellt, wir haben den Stillstand überwunden, am Ende haben wir Vertrauen nicht enttäuscht, wir haben eine Spaltung vermieden. Kurzum: Mit dem Ergebnis von Samstagabend findet Europa zu neuer gemeinsamer Kraft.

Ich will heute nicht mehr zurückschauen auf die kräftezehrenden Verhandlungen der letzten Monate und Wochen, denn wir alle wissen noch zu gut, dass schon der Ausgangspunkt schwierig war. Waren da doch auf der einen Seite die Staaten, die den Verfassungsvertrag ratifiziert hatten und ihn voll unterstützten, und auf der anderen Seite die Staaten, die aufgrund der Kritik ihrer Bevölkerung weitgehende Änderungen forderten.

Machen wir uns nichts vor: Eine Gefahr stand stets im Raum, nämlich die Gefahr, dass sich der Lähmungszustand und die Spaltungstendenzen fortsetzen. Natürlich: Hätte der EU-Rat kein Ergebnis erzielt, dann wäre das noch nicht der Untergang Europas gewesen, aber kaum zu beschreibende Folgen hätte es ohne Zweifel gehabt. Dass dies vermieden werden konnte, ist deshalb von größter Bedeutung.

Die Einigung von Brüssel macht es möglich, die Substanz des Verfassungsvertrages zu bewahren. Ich denke, so sind wir uns am Ende alles in allem einig: Das Ergebnis des Europäischen Rates ist ein Erfolg. Es ist ein Erfolg für Europa. Es ist auch ein Erfolg des Europäischen Parlaments.

Sie haben stets die Substanz des Verfassungsvertrags verteidigt, und nun kann der Reformvertrag rechtzeitig zu den Europawahlen 2009 in Kraft treten, und das ist für alle, die vor die Bürgerinnen und Bürger treten werden, von allergrößter Wichtigkeit.

*(Beifall)*

Mit dem Reformvertrag tragen wir den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor einem vermeintlichen Superstaat Europa Rechnung, vor einer zu weit gehenden Aufgabe der Identität der Nationalstaaten. Ich teile diese Sorgen nicht, aber ich hatte sie zu respektieren und ich habe sie respektiert. Deshalb haben wir entschieden, im Reformvertrag auf die Nennung von staatsähnlichen Symbolen und Bezeichnungen zu verzichten.

Gleichzeitig erreichen wir mit dem Reformvertrag wichtige Fortschritte für das Handeln der Europäischen Union. Wir haben dabei einige Bereiche sogar über den EU-Verfassungsvertrag hinaus fortentwickelt. Klimaschutz und Energiesolidarität wurden aufgenommen, die nationalen Parlamente werden noch stärker in die Gestaltung nationaler Europapolitik einbezogen, die Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten werden noch klarer abgegrenzt, die Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Innen- und Justizpolitik, wurden erleichtert.

Meine Damen und Herren! Mit dem Reformvertrag werden drei wesentliche Elemente für die Zukunft der Europäischen Union Wirklichkeit. Zunächst die Handlungsmöglichkeit der EU, nach innen wie nach außen. Dazu tragen eine einheitliche Rechtspersönlichkeit der Union und die Ausdehnung der Entscheidung im Rat mit qualifizierter Mehrheit bei. Die Neuregelung zur doppelten Mehrheit, die dem demographischen Faktor ein stärkeres Gewicht verleiht, wird zwar erst ab 2014 wirksam, also zeitgleich mit der ersten verkleinerten Kommission und mit einer Übergangsperiode bis 2017, aber sie wird Wirklichkeit. Das ist ein gar nicht hoch genug einzuschätzender Fortschritt Europas.

Eine größere Kontinuität der Ratsarbeit wird auch durch einen Präsidenten des Europäischen Rates und die Teampräsidenschaften mit Inkrafttreten der neuen Verträge wirksam. Daneben bringt der

Reformvertrag Fortschritte in den Politiken, z. B. im Bereich des auswärtigen Handelns der Europäischen Union.

Eine kohärente Außenpolitik, das Sprechen mit einer Stimme wird jeden Tag wichtiger für ein Europa, das sich in der Welt behaupten will. Wir werden den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen, er wird den Rat für auswärtige Angelegenheiten leiten, er wird sich auf einen europäischen diplomatischen Dienst stützen können, und er wird Mitglied der Kommission sein, nämlich als Vizepräsident der Kommission. Das ist ein politischer Quantensprung Europas.

*(Beifall)*

Auch im Bereich Justiz und Inneres, einem Bereich, der die Menschen ja außerordentlich interessiert, werden wichtige Fortschritte erzielt, z. B. bei der gemeinsamen Bekämpfung der grenzüberschreitenden Verbrechen. Dabei werden die Verfahren durch die neue Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erheblich beschleunigt.

Wir werden darüber hinaus deutlicher machen können, dass Kompetenzübertragungen keine Einbahnstraßen sind, über die der Europäischen Union immer nur neue Zuständigkeiten zuwachsen, sondern dass es auch Situationen geben kann, in denen Kompetenzen auf die Nationalstaaten rückübertragen werden, wenn dies erforderlich ist. Denn mehr Europa in einigen wichtigen Feldern, aber auch weniger Europa in Bereichen, die die Mitgliedstaaten gut allein regeln können, das ist ein oft geäußerter Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, und diesem Wunsch tragen wir Rechnung.

Meine Damen und Herren! Mit dem Reformvertrag machen wir zweitens unmissverständlich deutlich: mehr Bürgernähe für Europa! Dazu wird, wie es der Verfassungsvertrag vorsah, ein europäisches Bürgerbegehren eingeführt. Es werden Fortschritte im Bereich der sozialen Dimension wirksam, und es wird klarere Regelungen im Bereich der Daseinsvorsorge geben. Zusätzlich wird die Regierungskonferenz ein eigenes Protokoll beschließen, in dem die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gewürdigt werden, und es wird klargestellt, dass die Mitgliedstaaten im nichtkommerziellen Bereich ein hohes Maß an Gestaltungsfreiheit für sich haben.

Ich bin sehr froh — und ich glaube, das eint uns hier in der großen Mehrheit —, dass es uns gelungen ist, auch für die Grundrechtecharta eine Lösung zu finden. Mit der Grundrechtecharta werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Institutionen gestärkt, die Grundrechtecharta erhält Rechtsverbindlichkeit, die aus meiner Sicht einem wertebewussten Europa gut zu Gesicht steht.

*(Beifall)*

Wir wissen, dass sich Großbritannien aufgrund seiner eigenen Rechtstradition für einen eigenen Weg entschieden hat. Das müssen wir respektieren. Aber die Alternative wäre eine Einschränkung der Rechtsverbindlichkeit für alle gewesen, was aber für die Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht akzeptabel gewesen wäre. Deshalb ist es gut, dass das vermieden wurde, und ich glaube, dies ist auch die Mehrheitsmeinung des Parlaments.

*(Beifall)*

Meine Damen und Herren! Schließlich noch das dritte Element, mit dem die Fortschritte durch den neuen Reformvertrag sichtbar werden: mehr Rechte für die Parlamente! Mit der Vertragsreform wird das Europäische Parlament im Regelfall zum gleichberechtigten Mitgesetzgeber, und das Europäische Parlament wählt künftig den Präsidenten der Europäischen Kommission. Vielen Mitgliedstaaten war es gleichzeitig wichtig, auch die Rolle der nationalen Parlamente stärker zu würdigen. Dies wird in einem neuen Artikel getan. Wir haben zusätzlich die Stärkung der Parlamente bei der Subsidiaritätskontrolle vereinbart, aber wir haben dabei das Vorschlagsrecht der Europäischen Kommission respektiert, und ein Vetorecht einzelner nationaler Parlamente wird es auch in Zukunft nicht geben. Ich finde das auch richtig so.

*(Beifall)*

Meine Damen und Herren! Die Vertragsreform war das eine Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die inhaltliche Neuausrichtung der Europäischen Union auf die Dinge, die wir nur gemeinsam im europäischen Verbund erreichen können, war das andere Ziel der Europäischen Ratspräsidentschaft. Denn ich bin zutiefst davon überzeugt: Nur wenn wir gemeinsam und gezielt handeln, können wir greifbare Fortschritte für unsere Bürgerinnen und Bürger erzielen.

Natürlich — wir haben es erst wieder bei den Beschlüssen des EU-Rates gesehen — wird es immer wieder Ausnahmeregelungen geben, es wird immer wieder Fälle geben, in denen einzelne Mitgliedstaaten entscheiden, sich an bestimmten Politiken nicht, oder zunächst nicht, beteiligen zu wollen, während andere — aber das im Rahmen der Verträge — schon einmal vorgehen. Das ist aber etwas anderes als ein so genanntes Europa der zwei Geschwindigkeiten. Lassen Sie es mich ganz offen sagen: Davon halte ich nichts.

*(Beifall)*

Das darf nicht das Ziel unserer Politik sein, sonst werden wir neue Gräben in Europa aufreißen und das Europäische Parlament schwächen. Es ist jeder Mühe und Anstrengung wert, wieder und wieder den gemeinsamen Weg aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu suchen. Ein afrikanisches Sprichwort sagt: „Wenn du schnell vorwärts kommen willst, dann geh alleine, wenn du weit gehen willst, dann gehe zusammen“! Ich glaube, in diesem afrikanischen Sprichwort steckt die Weisheit der europäischen Einigungsidee. Nur wenn wir gemeinsam und gezielt handeln, können wir das Große, das Einzigartige bewahren, das die europäische Einigungsidee seit über fünfzig Jahren ausmacht: Frieden, Freiheit, Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger Europas.

Nur wenn wir gemeinsam und gezielt handeln, können wir die Bürgerrechte in der Europäischen Union stärken, z. B. mit einer Überführung des Vertrags von Prüm in den EU-Rechtsrahmen. Damit ist eine vertiefte polizeiliche Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Bekämpfung des Terrorismus, der Kriminalität und der illegalen Migration in der EU möglich. Nur wenn wir gemeinsam und gezielt handeln, steigern wir die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Standorts. Dafür steht ja beispielsweise die Roaming-Verordnung, die wir hier unterschrieben haben. Nur wenn wir gemeinsam und gezielt handeln, können wir einer der großen Herausforderungen für die Menschheit begegnen, der Gefahr durch den Klimawandel.

Die Beschlüsse des Frühjahrsrates der Europäischen Union für eine integrierte Energie- und Klimaschutzpolitik sind wegweisend. Sie waren im Übrigen auch die Voraussetzung, um beim G8-Treffen eine Einigung darüber zu erreichen, dass wir eine Folgevereinbarung im Rahmen des Kyoto-Protokolls unter dem Dach der Vereinten Nationen brauchen, und dass sich alle G8-Teilnehmer dazu bekannt haben. Ohne den Frühjahrsrat der Europäischen Union und die Unterstützung des Europäischen Parlaments wäre dies nicht möglich gewesen. Das ist eine Verteidigung europäischer Interessen!

*(Beifall)*

Deshalb ist es auch richtig, dass wir jetzt unter den Zielen der Europäischen Union im neuen Vertragsentwurf den Klimaschutz haben werden. Nur wenn wir gemeinsam und gezielt handeln, haben wir Europäer Aussichten, unsere Anliegen in der Welt zur Geltung zu bringen. Dies haben auch die Gipfel gezeigt, die wir während unserer Präsidentschaft mit den nicht der EU angehörenden G8-Partnern abgehalten haben: mit den USA, Russland, Japan und Kanada.

Dabei wurden neben den Klimaschutzbeschlüssen weitere langfristig bedeutsame Vereinbarungen getroffen: zur verstärkten regulatorischen Zusammenarbeit mit den USA und mit Kanada, zur Einrichtung eines Energiefrühwarnsystems und eines Investitionsdialogs mit Russland, zur besseren Durchsetzung des Schutzes des geistigen Eigentums mit Japan.

Meine Damen und Herren! Alle institutionellen Fortschritte und die Neuausrichtung der Europäischen Union sind letztlich aber nur möglich, wenn wir Europäerinnen und Europäer uns unserer Werte bewusst sind, ja, wenn wir diese Werte zur Richtschnur unseres Handelns machen. Ich denke, dass diese Richtschnur auch dazu beitragen kann, die Bürgerinnen und Bürger von Europa zu überzeugen, und zwar indem wir unsere Gemeinsamkeiten bewusst machen, indem wir deutlich machen, dass wir auf der Basis unserer Werte gemeinsam in der Welt handeln.

Europa bedeutet nicht Beliebigkeit, Europa ist eine Verpflichtung, dazu beizutragen, dass unsere Erde ein bewohnbarer Planet bleibt, dass immer weniger Menschen gezwungen sind, wegen Gewalt oder Krieg ihre Heimat zu verlassen, dass Krankheiten wie Aids, Malaria und Tuberkulose erfolgreich bekämpft werden können. Und so schließt sich der Kreis der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Damit Europa Kurs halten kann, ist jetzt der Reformvertrag notwendig. Der Europäische Rat hofft, dass die Regierungskonferenz noch im Juli einberufen werden kann, und deshalb möchte ich Sie heute bitten, Ihre Stellungnahme so bald wie möglich abzugeben. Sie wollen — wie die deutsche Präsidentschaft —, dass wir den Menschen im Wahlkampf für die Europawahlen 2009 sagen können: So und nicht

anders geht es mit Europa weiter! Und deshalb ist es auch gut, dass sich das Europäische Parlament bei der Vermittlung dieser Themen immer wieder engagiert, den Dialog mit den Zivilgesellschaften sucht und dies in einer Agora-Veranstaltung im Herbst auch demonstrieren wird.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft darf ich noch einmal den deutschen Schriftsteller Peter Prange aus seinem Buch „Werte. Von Plato bis Pop“ zitieren. Ich habe ihn, Sie erinnern sich vielleicht, bereits in meiner Rede hier zu Beginn meiner Ratspräsidentschaft im Januar zitiert. Er schreibt: „Alles, was wir Europäer je zustande gebracht haben, verdanken wir unserer inneren Widersprüchlichkeit, dem ewigen Zwiespalt in uns selbst, dem ständigen Hin und Her von Meinung und Gegenmeinung, von Idee und Gegenidee, von These und Antithese.“

Ich darf mit meinen Worten ergänzen: Wir verdanken es der Fähigkeit, diese innere Widersprüchlichkeit auch auszuhalten und nach unzähligen Kriegen und unendlich viel Leid etwas so Großartiges gelingen zu lassen wie das europäische Friedenswerk. Wir Bürger Europas, wir sind wahrlich zu unserem Glück vereint! Und so wünsche ich mir, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas in fünfzig Jahren, im Jahre 2057, sagen werden: Damals, im Jahr 2007, da hat das Vereinte Europa nach kräftezehrenden und nervenaufreibenden Diskussionen am Ende die Weichen richtig gestellt. Damals, im Jahr 2007, da hat die Europäische Union den richtigen Weg in eine gute Zukunft eingeschlagen. Das war, ist und bleibt unser Auftrag, unser Auftrag für die Zukunft. Deutschland wird sich dafür auch nach der Präsidentschaft mit ganzer Kraft einsetzen. Ich danke Ihnen!

*(Die Mitglieder des Hauses erheben sich und spenden anhaltenden Beifall.)*

**Der Präsident.** Frau Ratspräsidentin! Die Reaktion des Europäischen Parlaments bringt mehr als jedes Wort die große Zustimmung zu Ihrem Handeln zum Ausdruck. Wir möchten auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Sie unterstützt haben, sehr herzlich danken. Ich möchte auch herzlich dem Kommissionspräsidenten José Manuel Durão Barroso danken und ihn bitten, zu uns zu sprechen.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** Erlauben Sie mir, dass ich hier meine Anerkennung für die Leistung von Bundeskanzlerin Angela Merkel ausspreche!

Eine überaus schwierige Aufgabe mündete in einen Erfolg für Europa. Ganz besonders möchte ich den politischen Ehrgeiz würdigen, der die Kanzlerin dazu führte, auf einem Reformvertrag zu bestehen, der der Union die richtigen Instrumente in die Hand gibt, um sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

Bundeskanzlerin Merkel und das ganze Team der deutschen Ratspräsidentschaft verdient höchste Wertschätzung für ihr zähes Ringen um die Ziele und für ihre Fähigkeit, die Verhandlungen bis zum erfolgreichen Ende aufrechtzuerhalten. Dieses Kompliment bezieht sich nicht nur auf das Ergebnis des Juni-Rates, sondern auf die gesamte Anzahl der erzielten Erfolge der deutschen Präsidentschaft während des ganzen Semesters!

*(Beifall)*

*(EN)* Wir können mit Fug und Recht sagen, dass Europa auf dem richtigen Weg ist.

Ich denke, es ist nützlich, daran zu erinnern, wo wir vor einiger Zeit standen. Lassen Sie mich von den Ereignissen der letzten Woche einmal Abstand nehmen und auf die vergangenen zwei Jahre zurückblicken. Vor gut einem Jahr nahm die Kommission eine Verfahrensweise an, die ich das ‚zweigleisige Vorgehen‘ nannte. Einerseits sollte die Europäische Union die bestehenden Verträge effektiver nutzen, damit etwas für die Bürgerinnen und Bürger Europas herauskommt. Wir haben das zum Beispiel mit unserem Maßnahmenpaket zu Energie und Klimawandel getan, mit unserer Konzentration auf Innovation, mit unserer Kampagne gegen Bürokratie, mit Rechtsvorschriften, die Verbrauchern praktischen Nutzen bringt, wie die von uns vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zum Roaming, die heute hier vor uns unterzeichnet wurden. Ich möchte diesem Hohen Haus für seine Unterstützung dieser Initiativen danken.

Andererseits, und das ist das zweite Gleis, ging es darum, zum Prozess der Verfassungsreform zurückzukehren. Deshalb hatten wir die Idee mit der Berliner Erklärung. Das war ein großer Augenblick, indem wir unsere Interessen und unsere Werte im 21. Jahrhundert bekräftigten. Ich denke, die Diskussion über die Berliner Erklärung kam zu einem wichtigen Zeitpunkt, um uns der erforderlichen Unterstützung zu vergewissern, die es möglich machte, dass wir auf dem jüngsten Europäischen Rat gute Ergebnisse erreichen konnten.

Es ist uns daher eine Ehre sagen zu können, dass der Kurs, den wir im Laufe der unterschiedlichen Ratspräsidentschaften vorgeschlagen hatten, weiter verfolgt worden ist. Wie war das möglich? Weil das zweigleisige Vorgehen richtig war. Wir können unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht den Eindruck vermitteln, wir würden nur über Institutionen reden: Wir müssen uns auf praktische Ergebnisse für unsere Bürgerinnen und Bürger konzentrieren; Regierungen wie Bürger werden mit Selbstbewusstsein zuweilen sehr schwierige institutionelle Probleme anpacken, *wenn* sie Vertrauen darin haben, dass die Institutionen etwas leisten können, wenn es um die Belange der Unionsbürgerinnen und -bürger geht, um Wachstum und Beschäftigung sowie um Europas neue Agenda: Energie, Klimawandel und Sicherheit.

Das jüngste Eurobarometer ist ermutigend: Die Unterstützung für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die Wahrnehmung der Vorzüge einer Mitgliedschaft haben sich in den letzten zwei bis drei Jahren erheblich verbessert. Ja, es sind die besten Ergebnisse hinsichtlich der Unterstützung der Europäischen Union seit 1994. Deshalb haben wir alles in unserer Macht Stehende getan – und sollten es auch weiterhin tun –, um jetzt, da wir 27 Staaten und fast 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind, keine Gelegenheit zu versäumen, unser Engagement für dieses große europäische Projekt zu bekräftigen.

Lassen Sie mich ganz offen über die Ergebnisse des Rates reden. Ich denke, wenn wir die vor uns stehenden Herausforderungen betrachten, dann können wir wirklich von ausgezeichneten Ergebnissen sprechen. Heute ist es an der Zeit, das in diesem Hohen Haus hervorzuheben. Vergessen wir nicht, dass unser Ausgangspunkt vor dieser Vorsitzperiode ein Spaltung war zwischen 18 Mitgliedstaaten, die den Verfassungsvertrag ratifiziert hatten, und 9 Mitgliedstaaten, die ihn nicht ratifiziert hatten, während zwei der Letztgenannten den Verfassungsvertrag nach einem Referendum ausdrücklich abgelehnt hatten. Jetzt sind alle 27 Mitgliedstaaten um ein gemeinsames Mandat für einen Reformvertrag vereint.

Dass uns eine Einigung gelungen ist, stellt bereits ein hervorragendes politisches Ergebnis dar, und wir sollten allen Regierungen für ihre Kompromissbereitschaft dankbar sein. Jetzt sollten wir dem Ratifizierungsprozess entgegensehen als großartigen Moment der Solidarität und Einheit in Europa und als eine historische Gelegenheit, um die erweiterte Europäische Union zu konsolidieren. Gleichzeitig werden die seit dem Vertrag von Nizza erreichten Fortschritte garantieren, dass eine Union mit einer größeren ergebnisorientierten Handlungsfähigkeit entsteht.

Ehrlich gesagt, wird der Reformvertrag kein Musterbeispiel schönster Poesie sein, aber ich habe keinen Zweifel, dass er ein sehr gutes Beispiel ausgezeichneter Prosa sein wird, wenn er sich genau auf die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen konzentriert.

Ich sagte vor dem Europäischen Rat, dass wir die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wirklich stärken müssen. Ich bin davon überzeugt, dass der Reformvertrag der Union bedeutende Fortschritte bringen und ihre Handlungsfähigkeit verstärken wird. Zuallererst wird die Union umfassend konsolidiert werden, indem die Säulenstruktur überwunden wird und sie eine eigenständige Rechtspersönlichkeit erlangt. In dieser Frage der Handlungsfähigkeit möchte ich insbesondere drei konkrete Punkte hervorheben.

Erstens sind da die wesentlichsten Fortschritte im Bereich des Rechts und der Innenpolitik. Es finden sich im Reformvertrag über vierzig neue Fälle der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit. Zu ihnen gehören die Kontrolle der Außengrenzen, das Asyl, die Migration, das Strafrecht und die polizeiliche Zusammenarbeit. Der Vertrag wird diese Bereiche auch voll in die Gemeinschaftsmethode der Entscheidungsfindung integrieren. Das ist eigentlich die ‚Vergemeinschaftung‘ der dritten Säule. Dies ist eine grundlegende Reform, mit der ein wahrer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in Europa geschaffen wird, und sie wird für das verbleibende Mandat dieser Kommission eine Priorität darstellen. Die Union braucht die Effizienz, die durch mehr Abstimmungen in qualifizierter Mehrheit erreicht wird. Es nützt nichts, die richtigen Maßnahmen zu haben, wenn man sich um Jahre zu spät auf sie einigt.

Zweitens wird der Reformvertrag neue Möglichkeiten bieten und die Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit den Herausforderungen der Energiepolitik und des Klimawandels stärken. Sehr zufrieden ist die Kommission vor allem über die Solidaritätsklausel zur Energiesicherheit und über die Zustimmung dazu, dass die Bekämpfung des Klimawandels in den Vertrag eingebunden wird. Energiesicherheit und Klimawandel sind nunmehr entscheidende Prioritäten für die Union. Es ist richtig, dass sich das in den Verträgen widerspiegelt.

Drittens wird der Reformvertrag den Zusammenhalt der Union in den Außenbeziehungen fördern. Nur mit den vereinten Kräften unserer Mitgliedstaaten und unserer Institutionen können wir in der Welt des 21. Jahrhunderts mit anderen führenden Mächten konkurrieren. Unser Wohlstand, unsere Freiheit und unsere Sicherheit sind von unserer Fähigkeit abhängig, auf globaler Ebene zu konkurrieren, von unserer Fähigkeit, unsere Interessen und unsere Werte zu vertreten. Europa wird in Fragen der Diplomatie, der Sicherheit und Verteidigung, im Handel, in der Finanzhilfe, in der Entwicklung zunehmend mit einer Stimme sprechen und insofern besser gerüstet sein, um für unsere Werte und Interessen in der Weltpolitik einzutreten. Wir werden die Bedingungen und die Instrumente haben, um die Globalisierung zu gestalten, und wir dürfen solch eine historische Gelegenheit nicht verpassen.

Doch der Reformvertrag befasste sich auch mit anderen Fragen, nämlich der Verantwortung und der demokratischen Legitimation. Mit dem Reformvertrag wird die Union ihre Verantwortung und ihre demokratische Legitimität stärken. Lassen Sie mich auch hier drei Fälle einer deutlichen Verbesserung gegenüber dem Vertrag von Nizza hervorheben.

Erstens wird das Europäische Parlament durch eine Zunahme der Mitbestimmungsverfahren stärker in den Gesetzgebungsprozess der Union eingebunden. Nach dem neuen Vertrag wird die übergroße Mehrheit der europäischen Gesetze gemeinsam vom Europäischen Parlament und vom Rat bei voller Achtung des Initiativrechts der Kommission angenommen.

Zweitens werden die nationalen Parlamente stärker in das Wirken der Union einbezogen. Hier geht es um Subsidiarität, und wir sind für Subsidiarität. Der neue Vertrag ergänzt das Protokoll über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Diese Kommission hat eine größere Rolle der nationalen Parlamente stets begrüßt. Sie hat allerdings auch klargestellt, dass mit der Einbindung der nationalen Parlamente in die Prüfung der Subsidiarität die wesentlichen Grundlagen des Wirkens der Europäischen Union nicht untergraben werden dürfen.

Erstens würde jedes neue Verfahren auf dem Gebiet der Subsidiarität die Gemeinschaftsmethode und das Initiativrecht der Kommission respektieren müssen.

Zweitens sollten das Europäische Parlament und der Rat gleiche Rechte haben. Und schließlich sollte die Schwelle in Bezug auf die Mehrheiten entsprechend der Bedeutung des Verfahrens angehoben werden.

Es ist uns gelungen, alle unsere Forderungen abzusichern und insofern das institutionelle Gleichgewicht der Union zu wahren und gleichzeitig die Kontrolle über die Subsidiarität zu stärken.

Drittens wird der Reformvertrag – und das ist meiner Ansicht nach einer der wichtigsten Punkte – der Charta der Grundrechte Rechtskraft verleihen. Die Tatsache, dass die Charta rechtlich bindend ist, stellt ein machtvolles Symbol der engen Bindungen zwischen der Union und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern dar. Sie ist auch ein sehr gutes Signal und Symbol dafür, dass wir uns den Grundrechten verpflichtet fühlen. Wir können nicht die Grundrechte in aller Welt vertreten und gleichzeitig sagen, dass wir sie zu Hause als nicht verbindlich ansehen.

*(Beifall)*

Die Charta ist keine Charta – und das sollte sie niemals sein – der Rechte der europäischen Institutionen gegenüber den Mitgliedstaaten. Die Charta ist für die europäischen Bürgerinnen und Bürger da und für deren Rechte gegenüber jeder Macht, die diese Rechte beschneiden könnte. Die Charta ist eine Sicherheit sowohl für die Unionsbürger als auch für die nationalen Institutionen und wird eine zentrale Rolle im System der gegenseitigen Kontrolle und des Machtgleichgewichts in unserer rechtsstaatlichen Union sein, denn das unterscheidet uns von vielen anderen Projekten: Wir sind eine Union auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit.

Ich habe immer gesagt, dass ein Schritt zurück vom bestehenden Besitzstand inakzeptabel wäre. Das ist im Hinblick auf den Binnenmarkt besonders wichtig. Die Ergebnisse des Europäischen Rates waren aus Sicht der Kommission ganz und gar positiv, speziell unter dem Aspekt der Zuständigkeiten der Kommission. Die Protokolle zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und zum Binnenmarkt sowie zum Wettbewerb, beide auf Vorschlag der Kommission, gewährleisten ein faires und unverzerrtes Funktionieren des Binnenmarkts bei Beachtung der von einigen Mitgliedstaaten geäußerten legitimen Belange.

Bevor ich schließe, möchte ich vor der Versuchung einer abwegigen Allianz zwischen denen, die sich einem politischen Europa widersetzen, und den Gegnern des Binnenmarkts warnen. Wer für ein offenes, globales Europa eintritt, dem sage ich, dass er das nur dann haben wird, wenn er für die politische Integration ist. Ohne politische Macht wird Europa niemals in der Lage sein, die Globalisierung zu gestalten und seine Interessen und Werte in der Welt zu vertreten. Europa wird niemals in der Lage sein, sein Engagement für eine offene Wirtschaft und für offene Gesellschaften zu vertreten.

*(Beifall)*

Denen, die ein starkes politisches Europa akzeptieren, aber von einer wirtschaftlichen Integration nicht so begeistert sind, sage ich, sie werden dieses starke politische Europa nur dann bekommen, wenn sie den Binnenmarkt und die wirtschaftliche Integration unterstützen.

*(Beifall)*

Wir können das europäische Projekt nicht verteidigen, indem wir den Binnenmarkt attackieren und zu zersplittern versuchen, was eine der größten Errungenschaften unserer Integration in Europa ist.

Nach den Erfolgen des Europäischen Rates liegen jetzt zwei entscheidende Etappen vor uns. Zunächst müssen wir die Regierungskonferenz abschließen und den Reformvertrag unterzeichnen. Die Regierungskonferenz beginnt im nächsten Monat, und die portugiesische Ratspräsidentschaft beabsichtigt, sie im Oktober abzuschließen. Das hat meine uneingeschränkte Unterstützung. Die Mitgliedstaaten müssen sodann den Vertrag ratifizieren, und in der Zwischenzeit müssen wir der europäischen Öffentlichkeit erläutern, warum dieser Vertrag einen notwendigen, positiven Schritt nach vorn bedeutet. Das zu tun, wird im Mittelpunkt der Stellungnahme der Kommission vor der Regierungskonferenz stehen. Ich weiß auch, dass dieses Hohe Haus bereits angestrengt an seiner Stellungnahme arbeitet.

Ich habe die berechtigte Hoffnung, dass das Europäische Parlament und die Kommission in weiterhin enger Zusammenarbeit die Botschaft verbreiten werden, dass diese Reform unabdingbar ist, wenn wir uns den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern bessere Ergebnisse bringen wollen. Ich bin davon überzeugt, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger die wahren Nutznießer des Reformvertrags sein werden.

*(Beifall)*

**Der Präsident.** Vielen Dank, Herr Barroso, für Ihre Rede und Ihr großes Engagement.

**Joseph Daul, im Namen der PPE-DE-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, Frau Merkel, Herr Barroso, meine Damen und Herren! Es besteht kein Zweifel, dass es seit einigen Monaten eine „treibende Kraft“ in Europa gibt, und dies verdanken wir dem deutschen Ratsvorsitz der Union. Ich möchte hier in diesem Hohen Haus der Bundeskanzlerin, der amtierenden Ratsvorsitzenden, und ihrer Regierung meine besondere Anerkennung aussprechen.

Die Bilanz des deutschen Ratsvorsitzes der Union spricht für sich selbst. Seine Erfolge haben die Atmosphäre in der Europäischen Union verändert. An die Stelle von Missmut und Pessimismus ist Vertrauen getreten, das Gefühl der Machtlosigkeit angesichts der Herausforderungen der Globalisierung hat nachgelassen und dem Vertrauen auf die Wirkung einer ehrgeizigen, realistischen und entschlossenen Politik Platz gemacht.

Das Paket im Bereich Energie und Klimaänderung war das erste wichtige und positive Zeichen. Sie haben den Ton angegeben, indem Sie die Staats- und Regierungschefs der EU davon überzeugt haben, sich für ehrgeizige Ziele bei den erneuerbaren Energien und CO<sub>2</sub> bis 2020 zu entscheiden und den Klimawandel zu bekämpfen. Beim G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm hat Europa gezeigt, dass es geeint ist, und begonnen, Bewegung in die Haltung der Vereinigten Staaten zu bringen. Natürlich bleibt in diesem Bereich noch viel zu tun. Wir haben den Menschen in Europa und unseren Partnern jedoch gezeigt, dass Europa, wenn es geeint ist, tatsächlich Einfluss nehmen und führen kann.

Der deutsche Ratsvorsitz erzielte auch Erfolge bei unseren strategischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, sei es in Hinblick auf die Behandlung des Landes als vorrangigen Partner, die Beschleunigung der Verwirklichung des transatlantischen Marktes oder den Abschluss des Open-Skies-Abkommens.

Die Beziehungen Europas zu Russland standen ebenfalls im Zentrum der Arbeit ihrer Präsidentschaft, Frau Merkel. Als Sie Wladimir Putin in Samara sagen konnten, welche Grenzen nicht überschritten

werden dürfen, und auf welchen Grundlagen wir zusammenarbeiten könnten und sollten, haben Sie Europa auch in dieser Hinsicht vorangebracht.

Der deutsche Ratsvorsitz war auch in dem doch recht heiklen Bereich Recht und innere Angelegenheiten sehr aktiv. Ich möchte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sehr herzlich danken, der bei all diesen Fragen sehr effizient mit unserem Parlament zusammengearbeitet hat.

Zu begrüßen sind auch die Fortschritte in anderen Bereichen, die vielleicht weniger aufsehenerregend, aber für unsere Mitbürger deutlicher spürbar sind. Auf diese Fortschritte wurde in den letzten Tagen wiederholt hingewiesen: geringere Roaming-Gebühren, freiwillige Modulation im Agrar- und Fischereisektor, im Umweltbereich usw. Bei all diesen Fragen wurden in den vergangenen sechs Monaten Fortschritte erreicht, und dies ist eine beachtliche Leistung.

Abschließend möchte ich auf die Einigung eingehen, die am vergangenen Samstag in den frühen Morgenstunden zur Reform des Europäischen Vertrags erreicht wurde. Ich möchte nicht auf die enormen Schwierigkeiten dieser Aufgabe zurückkommen, aber doch einige Bemerkungen bedauern, die – und das ist meine persönliche Meinung – der Opfer nicht würdig sind, die die Menschen in Europa in den vergangenen fünfzig Jahren gebracht haben, um ein Klima des Friedens und der Versöhnung zwischen uns allen zu gewährleisten.

*(Beifall)*

Ich begrüße den Hoffnungsschimmer, der durch den in Brüssel erreichten Kompromiss zur Erneuerung der EU-Institutionen aufgetaucht ist. Bedeutet dies, dass meine Fraktion, und vor allem der Zweig der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) mit dem neuen Vertragsentwurf vollständig einverstanden ist? Jedem wird klar sein, dass dies nicht der Fall ist. Die europäischen Symbole, der Titel eines Außenministers, die Abstimmung mit doppelter Mehrheit innerhalb kurzer Fristen – all dies bedauern wir. Doch die Politik, und vor allem die europäische Politik, ist die Kunst des Kompromisses. Die vom deutschen Ratsvorsitz durch gemeinsame Bemühungen erreichte Einigung ist eine gute Einigung, die wir unterstützen werden.

Dank Ihnen, Frau Merkel, dank Ihrem Lande und auch dem guten Willen der 27 waren die vergangenen sechs Monate eine sehr positive Zeit für die europäische Integration. Wir sind Ihnen dafür äußerst dankbar.

*(Beifall)*

**Martin Schulz**, *im Namen der PSE-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die deutsche Ratspräsidentschaft war ein Erfolg, die deutsche Ratspräsidentschaft hat Maßstäbe gesetzt. Das hat der Präsident zu Beginn der Debatte gesagt und, Frau Bundeskanzlerin, die Präsenz der deutschen Regierung und die Kompetenz ihrer Mitglieder, vor allem die der sozialdemokratischen Mitglieder Ihrer Regierung, haben einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen!

Der Gipfel am Wochenende hat weniger erreicht als wir gebraucht hätten, aber er hat viel erreicht. Es war ein kein kleiner Fortschritt, der am Wochenende erreicht worden ist, es war ein großer Fortschritt. Wir haben viele große Schritte nach vorne gemacht. Viel von dem, was Sie vorgetragen haben und was der Herr Kommissionspräsident beschrieben hat, waren Forderungen des Europäischen Parlaments!

Ich will in meinen Ausführungen darauf eingehen, warum es ein gutes Zeichen ist, dass Sie in diesen Verhandlungen hart geblieben sind. Vieles hat hinter verschlossenen Türen stattgefunden, aber wir hier tagen öffentlich. Daher will ich eines sagen: Ich habe mitbekommen, dass Sie in der Nacht erklärt haben, wenn es keine Einstimmigkeit gibt, dann berufen wir die Regierungskonferenz mit qualifizierter Mehrheit ein, dann gibt es eine KampfAbstimmung. Als dieser Geist der Sezession, den einige in dieses Europa tragen wollen, durch den Raum waberte, haben Sie Mut besessen, sind aufgestanden und haben gesagt, dann soll sichtbar werden, wer will und wer nicht. Dann sind einige eingeknickt und dann gab es das einstimmige Ergebnis. Das ist der große Erfolg Ihrer Verhandlungsführung am vergangenen Wochenende!

*(Beifall)*

Denen, die diesen grenzenlosen Eigennutz, diesen permanenten Appell an die nationale Eigensucht in die Union tragen wollen, will ich ein Wort Ihres Amtsvorgängers Konrad Adenauer entgegenhalten: Die Kuh, die ich melken will, darf ich nicht schlachten, hat er in der ihm eigenen vereinfachenden Redeweise gesagt. Doch er hatte Recht, und dies gilt für die Europäische Union heute immer noch!

(Beifall)

Wir haben viele Fortschritte erzielt. Es gibt Transparenz in Europa. Es gibt sie in der Kommission, es gibt sie auch im Parlament, doch es gibt sie nicht im Europäischen Rat. Wenn wir von der Krise Europas reden, dann wissen wir seit dem letzten Wochenende noch deutlicher: Das ist keine Krise der Europäischen Institutionen, sondern das ist vor allem eine Krise der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

(Beifall)

Frau Bundeskanzlerin, da meine ich nicht alle Regierungen, sondern einige Regierungen. Ich möchte mich bedanken bei den Regierungschefs, die gekämpft haben. Bei Romano Prodi, Guy Verhofstadt, Jean-Claude Juncker und bei Ihnen, die gesagt haben, wir wollen die europäische Einigung, weil es keine Alternative gibt. Es gab andere Regierungen, die nicht mitgemacht haben, die etwas anderes wollten. Der polnischen Regierung – nicht dem polnischen Volk, das ist im Unterschied zu seiner Regierung nämlich für Europa – sei gesagt: In der polnischen Geschichte gab es das *Liberum veto*. Das polnische Adelsparlament konnte nur beschließen, wenn es einen einstimmigen Beschluss aller gab. Am *Liberum veto* ist u. a. das polnische Königreich gescheitert.

Wir werden dieses *Liberum veto* nicht auf die Europäische Union übertragen lassen, weil wir daran nicht scheitern wollen, und wir lassen nicht zu, dass die Europäische Union auf einen Weg geführt wird, auf den sie nicht geführt werden darf. Europa und die Europäische Union sind eine Idee. Es ist die Idee, die Ungeister und Feindbilder der Vergangenheit durch die europäische Integration zu überwinden. Wir lassen nicht zu, dass es einige gibt, die diese Feindbilder der Vergangenheit wiederbeleben wollen, um die Idee Europas zu zerstören. Genau das haben Sie am Wochenende verhindert, und dafür gilt Ihnen unser Dank!

(Starker und anhaltender Beifall)

Ein Wort zu einem bestürzenden Moment bei diesen Verhandlungen: Frau Bundeskanzlerin, unsere Generation, egal aus welchem Teil Deutschlands wir stammen, hat eine Verpflichtung, der wir sowie jeder demokratische Politiker in unserem Land gerecht zu werden versuchen, nämlich dass wir aus den Fehlern unseres Landes und aus den Verbrechen, die im Namen unseres Volkes begangen worden sind, die richtigen Konsequenzen ziehen. Die richtige Konsequenz, die wir Deutsche gezogen haben, war, das wiedervereinigte Deutschland in die Europäische Union einzubetten, es zu einem Teil einer integrierten Völkergemeinschaft zu machen, um diesen Irrweg der Vergangenheit nie wieder zu beschreiten. Das ist unsere Pflicht, daran arbeiten wir, ob Sozialisten oder Christdemokraten, ob Liberale oder Grüne, gemeinsam. Das ist unsere gemeinsame Verpflichtung, unser gemeinsamer Auftrag, dem wir Deutschen – das sage ich als Mitglied dieses internationalen Parlaments – meiner Meinung nach gerecht werden. Daher haben wir auch das Recht zu sagen: Wer die Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges gegen die Stimmengewichtung im Ministerrat aufrechnet, der irrt in der europäischen Politik, dem muss man ein Nein entgegensetzen!

(Starker und anhaltender Beifall)

Frau Ratspräsidentin, Sie haben gesagt, das Europäische Parlament ist der große Sieger dieser Runde. Wir sind der große Sieger, weil wir handeln werden. Der Rat wird sich mit diesem komischen Abstimmungsverhalten und -modus auch weiterhin selbst blockieren. Herzlichen Glückwunsch! Wir werden mit der Parallelisierung unserer Mehrheiten in der ersten und zweiten Lesung die bestimmende Kraft in der Europäischen Union sein, so wie wir es beim *Roaming*, bei REACH und bei der Dienstleistungsrichtlinie waren. Sie haben es hier und heute unterschrieben, vor dem Hintergrund der europäischen Flagge. Im Jahr 2057 werden sich die Menschen an die Proeuropäer erinnern und nicht an die, die diese Idee, die nicht aufzuhalten ist, stoppen wollten.

Herzlichen Dank an die deutsche Ratspräsidentschaft, Danke für Ihren Besuch und für die gute Zusammenarbeit, zuletzt auch Dank an Wilhelm Schönfelder, der neben Ihnen sitzt und der die Bundesrepublik Deutschland hier all die Jahre hindurch großartig vertreten hat!

(Beifall)

**Der Präsident.** Herzlichen Dank, Martin Schulz! Wenn der Parlamentspräsident sich positiv äußern dürfte, dann hätte er das jetzt getan.

**Graham Watson**, im Namen der *ALDE-Fraktion*. – (EN) Frau Ratspräsidentin! Glückwünsche zu grünem Licht für Europa und zu einem großartigen Vermächtnis unter Ihrer Führung.

Ihr Wirken auf dem Gebiet des Klimawandels und der Energiesicherheit hat Ihrer Ratspräsidentschaft eine bemerkenswerte Prägung verliehen. Durch die Sicherstellung einer Vereinbarung über die Reform unserer Union kann man sagen, es ist ein *großer* Ratsvorsitz gewesen.

Joseph Conrad hat einmal bemerkt: ‚Eine Frau zu sein, ist eine fürchterlich schwierige Aufgabe, weil sie im Wesentlichen darin besteht, dass man es mit Männern zu tun hat.‘

(*Heiterkeit*)

Nirgends war das zutreffender als im Rat, wo viele Ihrer Gegenüber die Absicht zu haben schienen, die Reform des Vertrags zu begraben. Es ist Ihrem Charakter zu verdanken, dass Sie überzeugten, gut zuredeten und eine Einigung anmahnten, wo es niemand für möglich gehalten hätte.

Wer hätte in den Monaten nach den Ergebnissen der Volksabstimmung von 2005 gedacht, die institutionelle Reform sei noch in Reichweite, die führenden Politiker in Europa würden die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns auf den Gebieten der Energiesicherheit, des Klimawandels, der Außenpolitik erkennen oder die Forderung nach Einstimmigkeit im Rat zugunsten einer qualifizierten Mehrheit in 36 neuen Politikbereichen ad acta legen?

Wir freuen uns auch, dass Sie den zunehmenden politischen Pluralismus in Europa zur Kenntnis genommen haben, indem drei Vertreter des Parlaments an der bevorstehenden Regierungskonferenz teilnehmen werden. Zusammen mit der Tatsache, dass Justiz und Inneres nun der parlamentarischen Prüfung unterliegen, beweist das, dass die europäische Demokratie erwachsen geworden ist und dass dieses Hohe Haus nunmehr ein gleichberechtigter Partner beim Regieren ist.

Die Einigung hatte allerdings einen Preis, und dieser Preis bestand nicht einfach nur in einer Einschränkung hier und einem Ausstieg dort. Das eigentliche Opfer war Idealismus: Der Verlust der Symbole unserer Union und das Ersetzen der relativen Einfachheit des Verfassungsvertrags durch bürokratische Trübung ist bedauerlich.

So liest sich Ihr neuer abgeänderter Vertrag wie eine vom chinesischen Mittelsmann ins Englische übersetzte Anleitung für den Bau einer japanischen Pagode.

(*Heiterkeit und Beifall*)

Was den Inhalt betrifft, Frau Ratspräsidentin, wird der Teufel im Detail stecken. Ihre Neigung, die gute Fee zu spielen bedeutet, so fürchte ich, dass die Neinsager – *die Verfassungsfeinde heißen sie immer noch in Bayern* – im Verhältnis zu ihrer ablehnenden Haltung belohnt wurden, während die Freunde der Verfassung – die schweigende Mehrheit – denkbar wenig dafür erhielten, dass sie die von allen Mitgliedstaaten in Rom unterzeichnete Verfassung unterstützt haben.

(*Beifall*)

Und so haben die Franzosen und die Holländer den fairen, offenen Märkten wieder einmal einen Seitenhieb versetzt. Die vollen Auswirkungen der Ablehnung der Charta der Grundrechte durch die Briten und die Polen sind noch nicht bekannt. Für die Liberalen und Demokraten ist nicht zu fassen, dass ein britischer Premier die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs der Rechte beraubt, die diesem Land Achtung brachten – und die nun anderen Bürgern garantiert sind –, lediglich um der Boulevardpresse zu gefallen.

(*Starker Beifall*)

Nur die Zeit wird zeigen, ob die Veränderungen am Text kosmetischer Natur sind oder ein Ausverkauf der grundlegenden bürgerlichen und Marktwerte Europas. Doch die Politik gleicht stets einer *bricolage*.

Das Ergebnis ist zwar nicht fehlerfrei, doch das von Ihnen errichtete Gebäude ist stabil: Das Dach sollte nicht undicht sein, solange die Bausteine des Fortschritts noch nicht durch den Mörtel der Entschlossenheit fest gefügt sind.

Erinnern wir die nationalen Staatsmänner hier und heute daran, dass Europa ein Geben und Nehmen verlangt. Solange sie nicht entschlossen sind, uneingeschränkt zu kooperieren, wird die Union ihren Zweck niemals erfüllen können.

Frau Ratspräsidentin! Ein halbes Jahr reicht kaum aus, damit ein EU-Präsident glänzen kann. Als führende Politikerin jedoch, die uns das Versprechen eines ständigen Präsidenten brachte, war Ihre Herrschaft denkwürdig. Wer noch kann sich rühmen, den Rat aus der Sackgasse herausgeführt und uns von der so übel beleumdeten Säulenstruktur befreit zu haben? Wer noch kann für sich in Anspruch nehmen, einen europäischen diplomatischen Dienst geschaffen zu haben und dass ein Hoher Vertreter unsere Rolle in der Welt aufwerten kann, wer sonst noch hätte so viel ohne großes Getue, das *hart aber herzlich* war, erreicht?

Die portugiesische Präsidentschaft muss diesen Schwung nutzen, um zu sichern, dass künftige Entwicklungen nicht durch Geschehnisse außerhalb unseres Kontinents, sondern in der besten Tradition der Europäischen Union, durch den ihm inne wohnenden Idealismus vorangetrieben werden.

*(Beifall)*

**Cristiana Muscardini**, *im Namen der UEN-Fraktion.* – *(IT)* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz der Tatsache, dass die ans Hysterische grenzende Haltung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion gegenüber der demokratisch gewählten Regierung Polens dieses erfreuliche Ereignis etwas zu überschatten droht, diesen Tag, an dem dank des guten Willens aller Beteiligten eine Einigung erreicht werden konnte, möchte ich vor allem die Bemühungen von Bundeskanzlerin Merkel würdigen, der wir alle sehr dankbar sind.

Die Ratspräsidentin hat erreicht, dass unsere Institutionen wieder in Gang gekommen sind, und wir als Parlament würdigen auch die Vermittlungsbemühungen von Präsident Sarkozy in den vergangenen Tagen.

Ich war am Europäischen Konvent beteiligt und möchte vor diesem Hintergrund einige Punkte nennen, die wir nach wie vor ablehnen: Dazu gehören die Verringerung der Zahl der Kommissionsmitglieder, das Fehlen wichtiger Rechte für Familien und Kinder in der Grundrechtecharta, der fehlende Verweis auf unsere Wurzeln und der Verzicht auf die Erwähnung der Symbole, die bisher ein wichtiges Kennzeichen der Union waren. Die Flagge, die Hymne und der Leitspruch sind von symbolischem Wert für unsere Bürger. Es ist gefährlich, sie in einer Zeit aufzugeben, die durch eine massive Zuwanderung und einen Verlust zentraler Werte gekennzeichnet ist.

Die Union ist kein Staat und darf auch keiner sein. Sie ist ein Zusammenschluss von Staaten, der sichtbare Symbole braucht, um sich nach außen darzustellen. Wenn wir die Sozialpolitik von der Handels- und Geldpolitik abkoppeln, erhöhen wir, wie wir es mit früheren Verträgen erlebt haben, die Gefahr, dass ein Europa entsteht, das sich mit den Frontscheibenwischern von Traktoren beschäftigt, aber nicht in der Lage ist, einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung von Wohlstand innerhalb und außerhalb der Union zu leisten.

Ich begrüße die Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, dessen Aufgabe es ist, die Fähigkeit von Bürgern und politischen Gruppen wiederherzustellen, für ihre nationalen und regionalen Traditionen einzutreten und sie in die allgemeine westliche Kultur zu integrieren. Das Ergebnis der Zusammenarbeit in rechtlichen und strafrechtlichen Fragen muss darin bestehen, dass die Dauer von Verfahren harmonisiert und schwere Verbrechen gegen die Sicherheit hart bestraft werden.

Wir brauchen dringend eine Einwanderungspolitik – die Mittelmeerländer der Union dürfen nicht länger allein gelassen werden! Aus diesem Grund begrüßen wir die erweiterte Unterstützung für die Agentur Frontex ausdrücklich. Die Stärkung der Beziehungen zwischen der Union und Afrika bedeutet, die Armut zu überwinden, Terrororganisationen zu bekämpfen und etwas gegen die zunehmend besorgniserregenden engen Verbindungen zwischen dem radikalen Islam des Iran und der Hisbollah zu unternehmen, die den gemäßigten Islam weltlicher Prägung ebenso bedroht wie den Westen.

Wir sind deshalb dankbar, Frau Merkel, für das, was Sie erreicht haben, und wir möchten an dieser Stelle unsere Forderung nochmals wiederholen: Was wir jetzt ebenfalls brauchen, ist eine Charta der Pflichten, denn Pflichten und Rechte können nicht voneinander getrennt werden!

**Daniel Cohn-Bendit** *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Es tut mir Leid, Hans-Gert, ich bin's nur!

*(Heiterkeit)*

Frau Ratspräsidentin, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis ist okay, es ist sogar sehr gut. Ohne Umschweife müssen wir sagen: Die deutsche Präsidentschaft hat es — mit allen,

die Europa voranbringen wollten — geschafft, Europa voranzubringen. Der Text ist in Ordnung, aber die Musik war grausam. Da konnte man gar nicht zuhören.

Ich will eines feststellen: Die Bürgerinnen und Bürger sind einerseits beruhigt, dass Europa handeln und entscheiden kann, aber die Bürgerinnen und Bürger in Europa sind auch von dem Prozess ausgeschlossen worden, und das wird sich längerfristig nicht halten lassen. Wir können Europa nicht aufbauen, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger die Prozesse des Aufbaus mitgestalten. Wenn wir so weitermachen, wird das Ding irgendwann genauso zerplatzen wie viele unserer Kinderträume zerplatzt sind.

Ich bleibe dabei: Europa ist in der *midlife crisis*. Wir haben es irgendwie mit sehr geschickten Handlungsweisen von wenigen geschafft. Übrigens: Wenn man in Frankreich ist, dann glaubt man, bei diesem Gipfel sei ja nur Sarkozy da gewesen und sonst niemand. Es ist ganz gut zu hören, dass die Verdienste hier auf alle ausgeweitet werden.

Zu einem anderen Punkt: Es ist etwas passiert, das wir als Grüne nicht akzeptieren und wogegen wir bis zum Ende argumentieren werden. Man kann sich nicht aus einer Grundrechtecharta heraushalten. Entweder wir haben eine oder wir haben keine. Es ist doch absurd, wenn wir sagen, wir haben eine Grundrechtecharta mit gemeinsamen Werten, die dort gilt, wo sie gilt, und die dort nicht gilt, wo sie nicht gilt. Dann gehen wir zu Herrn Putin und sagen: Wir sind eine Wertegemeinschaft! Und Herr Putin und die Chinesen werden entgegnet: Außer da, wo ihr das nicht seid! Das ist unmöglich!

*(Beifall)*

Wir wollen in den nächsten Jahren einen Prozess, an dessen Ende es heißt, dass zur Europäischen Union auch die Grundrechtecharta gehört. Jeder britische Bürger und jeder polnische Bürger hat die gleichen Rechte zu haben wie alle anderen europäischen Bürger. Wenn dem nicht so ist, bieten wir dem betreffenden Staat eine privilegierte Partnerschaft an. Europa ist *in* oder *out*. Hören wir auf mit dem Unsinn!

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir vor Herausforderungen stehen, die wir national nicht meistern können. Und diese nationalen Gesänge, die es bei den Gipfeltreffen gibt, sind Zersetzungsgift für das, was wir machen wollen. Die Völker müssen sich über ihre Regierungen entscheiden, ob sie dabei sein wollen. Das Gute an diesem Vertrag ist, dass es irgendwann eine Ausstiegsklausel geben wird. Wir sind nicht gezwungen, immer zusammen zu bleiben. Wer nicht will, muss nicht. Die Tyrannei der Minderheit mit dem Vetorecht ist das Undemokratischste, das es gibt.

Deshalb, Frau Ratspräsidentin, war es schon bewundernswert, wie Sie als Frau mit diesen Machos *à la* Blair umgegangen sind. Ich spreche nicht nur von den Zwillingen, weil Tony Blair es war, der die Axt an unser Handeln gelegt hat. Dabei hatte er alles schon unterschrieben und kam dann zurück und sagte: Ich kann nicht. Eines der wenigen Dinge, die ich in der Politik gelernt habe, ist, dass eine einmal unterschriebene Sache Gültigkeit besitzt. Und worüber da argumentiert wurde, ist alles schon im Konvent geregelt worden, auch die Dimension der Grundrechtecharta. Wer das zurücknimmt, zeigt, dass er Europa nicht ernst nimmt. Das ist das Dramatische, das ist das Traurige, dass es Regierungen gibt, die Europa nicht ernst nehmen.

Du hast Recht, Martin, sie wollen Europa melken und dabei wollen sie gleichzeitig die Kuh fressen, sie verkaufen. Das können wir nicht dulden, und deswegen werden wir als Grüne eine Kampagne machen, die heißt: We want our rights back!

*(lebhafter Beifall)*

**Francis Wurtz**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Frau Merkel, Herr Barroso!. Meine Fraktion wird noch Gelegenheit haben, im Einzelnen auf die verschiedenen wichtigen Dimensionen des künftigen Vertrags einzugehen, den Sie erwähnt haben.

Ich möchte mich heute nur auf ein Thema beschränken, das die Ratsvorsitzende nicht erwähnt hat. Zu welchen Veränderungen wird der Beschluss der 27 führen, den freien und unverzerrten Wettbewerb von der Liste der EU-Ziele zu streichen? Denn es gibt nur eine Wahrheit: Entweder glauben die europäischen Staats- und Regierungschefs, dies sei eine bloße Kommunikationssache, mit der die Menschen in Europa ohne großen Aufwand beruhigt werden sollen, denn immer mehr von ihnen betrachten die einseitige Fixierung auf den Wettbewerb als einen der Gründe für die Aufweichung des sozialen Besitzstandes, für die immer unsicherer werdenden Beschäftigungsverhältnisse, und – das ist

die Kehrseite der Medaille – die explosionsartigen Steigerungsraten bei den Dividenden. Oder aber es handelt sich um eine ernst gemeinte Angelegenheit, so dass wir unbedingt in Erfahrung bringen müssen, welche Auswirkungen das in der Praxis haben wird.

Die Anhänger der ersten These können mit starken Argumenten aufwarten. Zunächst einmal taucht der Rahmengrundsatz einer offenen Marktwirtschaft, in der es freien Wettbewerb gibt, wiederholt in den Teilen des derzeitigen Vertrags auf, die in dieser Form übernommen werden. Zweitens wurde ein Protokoll, in dem es insbesondere darum geht, die Wettbewerbspolitik zu bekräftigen, vom Europäischen Rat selbst angenommen und wird in die endgültige Fassung aufgenommen. Und schließlich wurden einige der Bestimmungen des Vertrags, die sich auf den fraglichen Grundsatz stützen, in keinerlei Weise geändert. Daraus folgt, dass es trotz der Ankündigung des Europäischen Rates, in dieser Hinsicht nichts Neues unter der Sonne geben wird.

Gibt es nichts Neues, so halte ich dies für eine skandalöse Irreführung durch die Staats- und Regierungschefs, wodurch in den Augen vieler unserer Mitbürger eine öffentliche, von Pluralismus gekennzeichnete und letztlich in ein EU-weites Referendum mündende Aussprache über den künftigen Vertrag oder den doppelten Vertrag als Ganzem umso erforderlicher ist. Ich werde mir daher Ihre Ausführungen zu diesem Thema sehr aufmerksam anhören, Frau Merkel. Was wird in Hinblick auf den freien Wettbewerb geschehen und werden sich diese Änderungen auf den Inhalt des Entwurfs eines Verfassungsvertrags auswirken oder nicht?

Ich rufe in jedem Fall all jene, die dieser Frage aufgeschlossen gegenüberstehen, auf, die europäischen Staats- und Regierungschefs beim Wort zu nehmen: Der freie Wettbewerb ist nicht Ihr Ziel – das wollen wir doch mal sehen! Der erste Test wird in Kürze das Schicksal des Entwurfs einer Richtlinie über die vollständige Öffnung der Postdienste für den Wettbewerb sein. In Ländern wie Schweden, in denen die Liberalisierung in diesem Bereich bereits vollzogen worden ist, wirkt sie sich eindeutig ungünstig auf die Beschäftigung und den sozialen und territorialen Zusammenhalt aus, in zwei Bereichen also, die weiterhin Ziele der Union sind. Diese Richtlinie sollte daher logischerweise zurückgezogen oder abgelehnt werden. Wir sehen uns im Juli zur Überprüfung der Wahrheit wieder.

**Jens-Peter Bonde, im Namen der IND/DEM-Fraktion.** – (EN) Herr Präsident! Wir haben Bundeskanzlerin Merkel als eine charmante, effiziente, diplomatische und überzeugende Version von Bismarck kennen gelernt. Frau Bundeskanzlerin Merkel, Sie haben Europa unter deutscher Führung geeint und es so aussehen lassen, als sei Polen das Problem. Die polnischen Zwillinge haben Ihnen durch ihre Bezugnahme auf den Krieg geholfen. Auch viele Deutsche waren Opfer von Nazi-Deutschland. Das Argument trägt nicht. Aber ab 2017 sind Sie es, die die EU mit der Türkei regieren kann. Polen hat weder gewonnen noch verloren. Die Verlierer sind die 21 kleinen und mittleren Länder. Die Stärke meines Landes ist halbiert worden. Sie haben den deutschen Einfluss verdoppelt, warum also Polen die Schuld dafür geben?

Werden Sie stets das Prinzip ‚ein Bürger – eine Stimme‘ akzeptieren? Werden Sie dieses Prinzip in den Vereinten Nationen mit Indien und China akzeptieren? Würden Sie Indien und China 15 Stimmen für eine deutsche Stimme geben? Der polnische Vorschlag ist ganz und gar nicht polnisch. Er wurde von Schweden unterbreitet und von einem britischen Mathematiker erfunden. Wird er nicht auch im deutschen Bundesrat angewendet? In Nizza erhielt Polen 27 Stimmen, weil Chirac Deutschland nicht mehr Stimmen zugestehen wollte als Frankreich. Polen bietet jetzt an, seinen Stimmenanteil von 27 auf sechs zu reduzieren, und billigt Ihnen neun Stimmen zu anstatt 29. Schande über diese 21 Regierungen, die Polen dafür kritisiert haben, dass es seine Interessen und dazu das allgemeine Interesse in einem verständlichen System vertreten hat.

Nizza ist schwierig, der Merkel-Deal ist unmöglich. Wenn Sie mit der Ratifizierung Erfolg haben, wird Ihr Name auf ewig mit einer EU verbunden sein, die von der Öffentlichkeit nicht zu verstehen ist. Wer kann sich Bevölkerungszahlen merken, die sich von Jahr zu Jahr ändern? Wer kann zählen, wenn ein Gesetz verabschiedet wird, ohne dass man einen Computer hat? Eine doppelte Mehrheit klingt einfach, lässt sich aber sehr schwer anwenden. Das System Penrose ist viel einfacher und gerechter. Es ließe sich noch weiter vereinfachen, indem Deutschland sechs Stimmen erhält, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Italien fünf, Polen vier, dann hätten wir insgesamt nur 81 Stimmen, und die meisten von uns hätten alle Zahlen im Kopf. Genauso wie Sie im deutschen Bundesrat!

Ein gerechteres System wäre es, allen Mitgliedstaaten jeweils eine Stimme zu geben und die Unterstützung von 75 % der Mitgliedstaaten im Rat plus eine einfache Mehrheit im Europäischen Parlament zu

verlangen. Im amerikanischen Senat werden die Stimmen nicht entsprechend der Größe des Staates abgegeben. Warum also hier, und warum soll der Anschein erweckt werden, als sei Polen ein Dieb?

Das neue System ist auch für deutsche Wähler schlecht. Es verlagert die legislative Funktion hin zur Exekutive und zur Jurisdiktion. Wir gehen in der Geschichte zurück von Montesquieu zu Merkel und Machiavelli. Das verstärkt das Demokratiedefizit.

*(Beifall von der IND/DEM-Fraktion)*

Kernstück der Demokratie ist die Fähigkeit, Wahlen abzuhalten, eine neue Mehrheit und dann neue Gesetze zu haben. Dieses Kernstück wird jetzt weiter ausgehöhlt werden. Die Verfassung wird einen anderen Namen, aber denselben Inhalt haben, daher sollte über sie auch in Referenden abgestimmt werden. Sechs Befürworter und vier Gegner der Verfassung haben einen offenen Brief an Sie gerichtet, in dem sie Referenden fordern. 77 % aller Europäer wollen ein Referendum; nur 20 % sind dagegen – und wir kennen sie alle, es sind die Minister! Hören Sie auf ihre eigenen deutschen Bürger, die sich in einem Referendum Gehör verschaffen wollen. Unterzeichnen Sie die Petition für ein Referendum in allen EU-Mitgliedstaaten auf der Website [x09.eu](http://x09.eu).

Liebe Frau Bundeskanzlerin! Als Nordschleswiger schätze ich Sie für andere Sachen, und für den Einsatz bei der Klimadebatte danke ich Ihnen sehr!

**Philip Claeys, im Namen der ITS-Fraktion.** – *(NL)* Herr Präsident, Frau Merkel! Ich bitte um Verständnis dafür, dass auch ich mich der Jubelstimmung nicht anschließen kann, die heute in diesem Haus über die auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates erreichte Einigung vorherrscht. Das wird mir sicherlich kein Lob von Herrn Schulz oder Herrn Cohn-Bendit einbringen, aber ich denke, das werde ich überleben.

Es ist eingetreten, was vorauszusehen war: Der so genannte Reformvertrag ist nicht mehr und nicht weniger als eine mit einem anderen Mäntelchen versehene Version der Europäischen Verfassung und das heißt, dass uns alter Wein in neuen Schläuchen vorgesetzt wird.

Durch den Reformvertrag wird nicht mehr Transparenz geschaffen. In Wirklichkeit ist der Text jetzt noch unverständlicher geworden als er es zuvor gewesen ist. Es wurden keine wirksamen Schritte zur Beseitigung des Demokratiedefizits unternommen. Über Referenden in den Mitgliedstaaten wird kein Wort verloren; die Rolle, die die nationalen Parlamente spielen werden, wird in der Praxis angesichts der hohen Hürden, die dafür festgelegt wurden, nicht zum Tragen kommen; die Grenzen der Europäischen Union sind noch genauso unklar wie sie es vorher waren. Selbst der Vorschlag der Niederlande, die Kriterien von Kopenhagen in den Text aufzunehmen, wurde abgeschmettert. Bei dem typisch belgischen Kompromiss, wenn ich es einmal so nennen darf, über das Beschlussfassungsverfahren wurde die Tatsache ignoriert, dass die kleineren Mitgliedstaaten an Einfluss verlieren werden. Und schließlich haben europäische Rechtsvorschriften eindeutig Vorrang vor innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

Ich kann Ihnen versichern, Frau Merkel, dass die Euphorie nur von kurzer Dauer sein wird. Die Beteiligten weigern sich, die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden anzuerkennen. Wenn das alles ist, was bei der zweijährigen Reflexionsphase herausgekommen ist, muss ich sagen, dass das ein Armutszeugnis ist. Die Euphorie wird nicht lange anhalten, wenn keine neuen Referenden durchgeführt werden. Auch in den anderen Mitgliedstaaten wird das Misstrauen der Menschen weiter wachsen, weil die demokratische Basis für die Unterstützung der EU sehr brüchig geworden ist. Es besteht eine abgrundtiefe Kluft zwischen der europäischen Bürokratie und dem einfachen Mann auf der Straße – das beweist sich auch an der Diskussion über einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union –, und ich bedauere sagen zu müssen, Frau Merkel, dass Sie nichts getan haben, um diese Kluft zwischen der offiziellen europäischen Position und der Meinung der Bürger und der Öffentlichkeit auf die eine oder andere Art zu schließen.

Wie dem auch sei, es muss dringend etwas unternommen werden. Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Union die öffentliche Meinung in Europa ernst nimmt.

**Jana Bobošíková (NI).** – *(CS)* Meine Damen und Herren! Die deutsche Ratspräsidentschaft hat es wirklich geschafft, Europa wieder in Bewegung zu setzen. Doch leider nicht in die Richtung einer wohlhabenden Union, die Teil der Weltwirtschaft ist, sondern eher in eine Richtung, die an das Regime von Fidel Castro erinnert. Die Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens in Brüssel zeigen nur allzu deutlich, dass die Union ihre äußerst kostspieligen und ineffizienten Sozialsysteme bewahren will. Klar ist auch, dass die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten unverändert an ihrem Traum von der

Vollbeschäftigung und der Preisstabilität festhalten. Außerdem ist die EU einen weiteren Schritt von ihrem Grundprinzip eines freien wirtschaftlichen Wettbewerbs ohne Grenzen abgerückt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die Unterdrückung eines freien wirtschaftlichen Wettbewerbs, der die treibende Kraft der europäischen Wirtschaft ist, ein ernstes Warnsignal für alle demokratisch gesinnten Bürger ist. Es ist nur ein kleiner Schritt von der Missachtung der Freiheiten im Bereich der Wirtschaft bis zur Missachtung der grundlegenden Menschenrechte und der Grundfreiheiten. Das Ergebnis der deutschen Ratspräsidentschaft ist aus meiner Sicht kein ermutigender und anspruchsvoller Weg zum Wohlstand, sondern vielmehr der leichte populistische Weg, der direkt in die Hölle der institutionellen Autokratie führt.

**Der Präsident.** Die Aussprache ist geschlossen.

#### **4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**

#### **5. Zusammensetzung des Parlaments**

**Der Präsident.** Die französischen Behörden haben uns mitgeteilt, dass Frau Marie-Line Reynaud, Herr Pierre Moscovici und Herr Jean-Claude Fruteau in die Französische Nationalversammlung gewählt wurden. Gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Aktes vom 20. September 1976 in der am 25. Juni und 23. September 2002 geänderten Fassung besteht für diese Mitglieder seit dem 26. Juni 2007, dem Tag der konstituierenden Sitzung der Französischen Nationalversammlung, eine Unvereinbarkeit von Mandaten. Da die Wahl von Frau Reynaud und Herr Moscovici angefochten wurde und die Wahl von Herrn Fruteau noch bis zum 28. Juni angefochten werden kann, und da der Verfassungsrat der Französischen Republik darüber baldmöglichst befinden muss, schlage ich vor, die Feststellung des Freiwerdens ihrer Sitze bis zum Abschluss der Verfahren vor dem Verfassungsrat aufzuschieben. Angesichts der seit dem 26. Juni 2007 bestehenden Unvereinbarkeit der Mandate können Frau Reynaud, Herr Moscovici und Herr Fruteau gegenwärtig nicht an den Arbeiten des Europäischen Parlaments und seiner Organe teilnehmen. Außerdem stelle ich fest, dass die Position des Vizepräsidenten, die Herr Pierre Moscovici innehat, mit seinem Einverständnis nunmehr frei wird.

Angesichts der außerordentlichen Umstände schlage ich vor, den Rechtsausschuss mit dieser Frage zu befassen.

#### **6. Tagung des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni 2007 – Tätigkeitshalbjahr des deutschen Vorsitzes (Fortsetzung der Aussprache)**

**Der Präsident.** Als nächster Punkt folgt die Fortsetzung die gemeinsame Aussprache über

- den Bericht des Europäischen Rates und die Erklärung der Kommission: Tagung des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni 2007 und

- die Erklärung des Rates: Tätigkeitshalbjahr des deutschen Vorsitzes.

**Werner Langen (PPE-DE).** – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie stark die europäische Idee ist, wie sehr sie auch in Krisenzeiten über Parteigrenzen hinaus verbindet und Kraft gibt zu sagen, was notwendig ist, wird heute deutlich. Ich möchte als Christdemokrat uneingeschränkt die Worte des sozialdemokratischen Kollegen Martin Schulz unterstützen. Ich will jeden Satz unterstützen, und ich erinnere mich als Deutscher an die Abschlussrede des französischen Präsidenten François Mitterand 1995 in diesem Parlament. Er sagte: Nationalismus führt zum Krieg. Das ist die Kraft Europas, die wir über alle Krisen und Probleme hinweg bewahren müssen: Ein Europa, das für Frieden, Wohlstand und für soziale Sicherheit eintritt.

Ich möchte aber vor allem der Ratspräsidentschaft und Ihnen persönlich, Frau Merkel, danken. Es war ein dickes Brett, das zu bohren war, sie haben es erfolgreich gebohrt. Es sind nicht alle Wünsche zu verwirklichen gewesen. Aber sowohl in der Klima- und der Energiepolitik als auch in der Frage des Reformvertrages ist die Substanz erhalten worden. Sie haben dafür gesorgt, dass die Rechte des Parlaments ausgeweitet wurden, dass der Vorrang des europäischen Rechtes nicht verschwunden ist, dass wir in vielen Dingen die Subsidiarität gestärkt haben, Kompetenzabgrenzungen und vieles mehr

erledigen konnten. Es sind auch Fragen zum Wettbewerbsprinzip gestellt worden. Man muss noch näher untersuchen, welche Auswirkungen das hat.

Insgesamt glaube ich, dass die deutsche Ratspräsidentschaft in den beiden Schwerpunkten erfolgreich war: Sie war im laufenden Programm mit vielen Initiativen erfolgreich, die umgesetzt wurden, und sie war vorbildlich in der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament. Auch dafür Ihnen persönlich, Frau Dr. Merkel, sowie allen Mitgliedern der deutschen Regierung und der deutschen Vertretung ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

**Enrique Barón Crespo (PSE).** – Herr Präsident, sehr geehrte Ratspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar! Bravo, Frau Merkel, herzlichen Glückwunsch! Sie haben Ihre Verpflichtung als Vorsitzende des Rates erfüllt. Das Europäische Parlament hatte Sie beauftragt, eine Regierungskonferenz einzuberufen und den verfassungsgebenden Weg der Europäischen Union wieder aufzunehmen, einen Weg, der uns Frieden und Wohlstand gebracht hat und der nun ein Modell der Demokratie und Solidarität gegenüber der globalisierten Welt darstellt. Die Mehrheit der Staaten und Bürgerinnen und Bürger hat sich nach einer zweijährigen Reflexionsperiode dafür ausgesprochen, die Zukunft Europas voranzutreiben. Trotz mancher Aufhebungen, die hoffentlich nicht die Kohäsion der EU aufreißt, haben wir denjenigen geholfen, die Schwierigkeiten mit dem Vertrag hatten.

Wir haben jetzt ein Mandat zu diesem Reformvertrag auszuarbeiten, und wir halten das für positiv. Er enthält ein klares Bekenntnis zu den Prinzipien, Werten und Zielen der EU. Die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta sollte meiner Meinung nach gleich nach der Präambel im Vertrag verankert werden. Positiv ist auch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit.

Trotzdem bedaure ich, dass Klarheit und Transparenz verloren gegangen sind. Auch die Symbole, die Flagge und die Hymne bezeugen die Freude und Freiheit in Europa, wie Beethoven und Schiller sie hervorgehoben haben.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir diese Symbole weiter benutzen und mit echtem Stolz hochhalten werden.

Frau Ratspräsidentin, in dieser Überzeugung werden wir jetzt in der Regierungskonferenz mit den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um die Europäische Union verfassungsrechtlich zu stärken.

Wir werden weiter kämpfen auf diesem Weg, den Kollege Walter Hallstein als *constructio continua* bezeichnet hat, und von dem Jean Monnet als „Schritt für Schritt“ gesprochen hat. Und wie Sherpas – Schritt für Schritt – erklimmen wir den Himalaja.

**Der Präsident.** – Vielen Dank, Herr Barón Crespo.

**Silvana Koch-Mehrin (ALDE).** – Frau Präsidentin, Herr Präsident! Einen ganz herzlichen Glückwunsch für Ihre exzellente Arbeit, Frau Bundeskanzlerin. Sie haben ein sehr gutes Ergebnis erzielt, Sie haben die Erwartungen erfüllt. Für die deutschen Liberalen ist das keine große Überraschung, denn wir waren schon vor der Bundestagswahl davon überzeugt, dass Sie eine gute Chefin sein werden — das nur an die Adresse von Herrn Schulz, der sich heute überschwänglich in diesem Sinne geäußert hat, aber besser spät als nie.

Die FDP im Europäischen Parlament hatte vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft die damals noch sehr zögerliche Bundesregierung zu einer ehrgeizigen Zielsetzung hinsichtlich des Verfassungsvertrags aufgefordert. Wir sind daher erfreut, dass am Ende Ihrer Präsidentschaft nicht nur ein Zeitplan steht, sondern auch eine inhaltliche Festlegung erreicht worden ist. Allerdings ist der Preis, der dafür gezahlt werden musste, extrem hoch. Es gibt Umbenennungen, längere Fristen, Ausnahmeregelungen. Gerade bei der Grundrechtecharta ist dies eine echte Katastrophe. Der so genannte Reformvertrag ist komplizierter und weniger transparent. Eine Minderheit hat sich auf Kosten der Mehrheit durchgesetzt und die Idee Europa hat damit einen schweren Schlag erlitten.

Ob die Beschlüsse, die zu nachtschlafender Zeit in Brüssel gefasst wurden, nun auch umgesetzt werden, bleibt ja noch offen. Eine Garantie dafür gibt es nicht. Zunächst muss die Regierungskonferenz tagen und dann geht es erst richtig los, wenn nämlich die Ratifizierung in den 27 Ländern beginnt. Da ist also

noch alles offen. Die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft spiegelt also die augenblickliche Stimmungslage innerhalb der EU einigermaßen realistisch wieder. Sie ist nicht grottenschlecht, sie löst aber auch keine Begeisterung aus. Es ist das ferne Europa der Gipfel, nicht das nahe Europa der Bürger, das sich durchgesetzt hat. Gemessen an den Schwierigkeiten, die ein Ergebnis fast unmöglich gemacht hätten, hat die Ratspräsidentschaft ein gutes Etappenziel erreicht. Mehr wäre nicht möglich gewesen.

Frau Merkel, Sie haben ausgeführt, welche Erinnerungen der Bürger Europas an das Jahr 2007 Sie sich in 50 Jahren erhoffen. Ich möchte dem eine Hoffnung hinzufügen: Ich würde mich sehr freuen, wenn 2057 – und vielleicht lebe ich dann ja sogar noch – alle Europäerinnen und Europäer den wunderschönen Satz der Berliner Erklärung „Wir sind zu unserem Glück vereint“ nicht als einen Beschluss sehen, der im Hinterzimmer gefasst wurde, sondern als etwas, was sie jeden Tag erleben. Das wäre ein riesiger Erfolg Ihrer Ratspräsidentschaft. Herzlichen Dank noch einmal!

*(Beifall)*

**Brian Crowley (UEN).** – A Uachtaráin, A Uachtaráin in Oifig na Comhairle, A Uachtaráin an Choimisiúin, comhghairdeachas leis an Seansailéir Merkel agus leis na daoine go léir i rialtas na Gearmáine.

*(EN)* Wenn wir von den Ergebnissen des Gipfels der vergangenen Woche sprechen, dann möchte ich zunächst sagen, dass so viel Zeit und Mühe auf die Emotionen, über die in den Medien berichtet wird, oder auf die Auslegung dessen, was der eine zum anderen gesagt hat, verwendet wird, während es in Wirklichkeit so sein sollte, dass wir die erfolgreiche Fähigkeit aller führenden Politiker aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union feiern sollten, unter der Führung der deutschen Bundeskanzlerin, der Ratspräsidentin Angela Merkel, einen Weg nach vorn für die künftige Entwicklung der Europäischen Union gefunden und vorgezeichnet zu haben.

Vor allem wegen der Befindlichkeiten, die es in so vielen Bereichen gibt, sei es die Frage des Stimmenverhältnisses im Rat, seien es die Rechte nationaler Parlamente oder die Mitentscheidung im Bereich Justiz und Inneres, sind das alles grundlegende Dinge, die von nationaler Bedeutung für diese Länder sind, und es wäre nicht richtig, wenn ein Regierungschef nicht seine Bedenken hinsichtlich dieser Bereiche vorbringen würde.

Doch ungeachtet der heißen Luft, die viele dieser Gipfel umweht, wurden Erfolge erreicht, und sie wurden erreicht, weil die Kernprinzipien der Europäischen Union – nämlich Kompromiss, Konsens, Verständnis und Toleranz – unter Ihrer großartigen Führung, Frau Bundeskanzlerin Merkel, zusammengefügt wurden.

Die anderen Bereiche, in denen die deutsche Ratspräsidentschaft im letzten halben Jahr erfolgreich war, sind diejenigen, auf denen wir in der Zukunft einen Nutzen haben werden – und wenn ich ‚wir‘ sage, dann meine ich nicht nur uns im Parlament: Wir als Bürger und Verbraucher in der Europäischen Union werden von der Arbeit, die Sie geleistet haben, profitieren können.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, Sie haben eine schwere Aufgabe in schwierigen Zeiten gemeistert. Vielen Dank!

*(EN)* Entschuldigen Sie mein Deutsch!

**Rebecca Harms (Verts/ALE).** – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ratspräsidentin! Ich möchte für die Grünen im Europäischen Parlament nochmals unterstreichen, was mein Fraktionsvorsitzender schon gesagt hat: Uns ist ein sehr großer Stein vom Herzen gefallen, als das Gipfelergebnis bekannt wurde, und wir haben Ihre Erleichterung und Ihre Freude hundertprozentig geteilt. Wir haben uns allerdings auch nicht über die Enttäuschung von Herrn Prodi gewundert, weil während dieses Gipfels natürlich deutlich geworden ist, wie alles Spitz auf Knopf stand und welche nationalen Egoismen Europa tatsächlich bedrohen.

Mir ist in den Tagen danach – und eigentlich schon während des Gipfels – in der Berichterstattung und in Gesprächen über diese schwierige Situation aufgefallen, dass sich angesichts dieses Verlustes der weiteren Integration, der auch Thema des Gipfels war, viele Menschen doch wieder positiv auf Europa besonnen haben. Im Grunde ist dies etwas ganz Schlichtes: Erst wenn man etwas weggenommen bekommt, begreift man so richtig, was man hatte. Manchmal passiert es erst zu spät, dass man es begreift, doch dieses Mal ist es noch gerade rechtzeitig passiert. Ich bin Ihnen für ihr Verhandlungsgeschick

ausgesprochen dankbar, denn ich glaube, dass Sie einfache Zusammenhänge, nämlich wie die Menschen ticken und funktionieren, in diesem vermachteten Europa sehr geschickt zu bespielen wussten.

Ich habe allerdings auch einen Wunsch. Sie haben es geschafft, die Menschen wieder näher an Europa heranzubringen. Diese Transparenz, die Öffentlichkeit des Gipfels würde ich mir auch für die Vorbereitung der Regierungskonferenz wünschen. Wir sollten nicht wieder diesen Abstand zulassen und die Menschen nicht wieder aussperren. Ich glaube, sogar in Polen, wo wir die Zustimmung von 80 % der Bevölkerung für uns verbuchen, würde uns das helfen. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen weiter viel Erfolg!

**Gabriele Zimmer (GUE/NGL).** – Herr Präsident! Wie viele Linke in Europa kann ich nichts gutheißen, was Nationalismus fördert und es noch weiter erschwert, die Ressourcen der Europäischen Union zur Lösung von sozialen, ökologischen und globalen Problemen einzusetzen. Ich bin deshalb eine Anhängerin der europäischen Integration, die auf eine föderal verfasste EU und damit natürlich auf eine entsprechende Verfassung zielt, allerdings mit anderen Prinzipien, anderen Prioritäten und anderen Zielen.

Frau Merkel, auch ich muss Ihnen meinen Respekt zollen! Sie haben es geschafft, einer breiten Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, dass der Kompromiss von Brüssel Ihre Meisterleistung sei. Dabei ist der Kompromiss aber in vielen Bestimmungen die Fortsetzung des „Weiter so“. Er bringt keine wesentliche Änderung der Politik, aber ein scheinbar besseres Design.

Das Nein zum damaligen Verfassungsentwurf in Frankreich und in den Niederlanden war ja nicht in der Angst vor einem Superstaat, sondern auch gerade in der Angst vor einem unsozial verfassten Europa begründet, und diese Sorge dürften Sie mit dem in Brüssel erreichten Kompromiss, mit den Halbheiten, den vertagten Problemen und auch mit dem erlebten Machtpoker um die Stimmengewichtung nicht kleiner gemacht haben.

Deshalb bleiben auch wir bei unserer Forderung nach Referenden in den EU-Mitgliedstaaten — auch zu diesem Vertrag. Es gibt überhaupt keinen Anlass, davor Angst zu haben, wenn doch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa — wie die letzten Umfragen zeigen — für Europa ist. Wenn dieser Vertrag gut ist, besteht doch auch eine gute Chance auf eine Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung.

**Irena Belohorská (NI).** – (SK) Frau Bundeskanzlerin! Auch ich möchte mich dem Kreis derjenigen anschließen, die Ihnen gratulieren und die Einigung würdigen, die Sie in der Frage der Zukunft Europas erreicht haben.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben den Verfassungsvertrag in Rom mit großem Getöse unterzeichnet, aber die Phase, die danach kam, hat gezeigt, dass die Staats- und Regierungschefs nichts weiter als einen angenehmen Ausflug unternommen hatten, um ein bedeutungsloses Stück Papier zu unterzeichnen. Die Bevölkerung stand nicht hinter ihrer Unterschrift, wie später in der schwierigen Phase der Ratifizierungen und der Volksabstimmungen in einigen Mitgliedstaaten deutlich wurde.

In dieser Phase sind alle Schwachstellen Europas sichtbar geworden. Schon allein deshalb verdienen Ihr Verhandlungserfolg und Ihr Geschick, mit dem Sie einen Kompromiss zustande gebracht haben, große Anerkennung.

Frau Bundeskanzlerin, Ihnen ist es zu verdanken, dass wir heute einen Grund zum Feiern haben. Ich bin sicher, dass wir als Mitglieder des Europäischen Parlaments nach der Unterzeichnung mit neuem Schwung an unsere Arbeit herangehen werden, weil wir wissen, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen und dass nicht die 15 alten Mitgliedstaaten gegen die neuen Mitgliedstaaten kämpfen. Ich bin davon überzeugt, dass es uns gelingen wird, alle Unklarheiten im Vertrag auszuräumen. Abschließend möchte ich Ihnen einen erholsamen Urlaub wünschen, den Sie sich redlich verdient haben.

**Timothy Kirkhope (PPE-DE).** – (EN) Herr Präsident, Frau Bundeskanzlerin, Herr Präsident Barroso! Ich werde heute nicht mein Deutsch auf die Probe stellen. Andere haben das viel erfolgreicher getan, als ich es könnte. Jetzt, da sich der deutsche Ratsvorsitz dem Ende zuneigt, möchte ich zunächst der Bundeskanzlerin zu ihrem sehr erfolgreichen Eintreten für die Agenda auf dem Gebiet des Klimawandels im vergangenen halben Jahr beglückwünschen. Die im Europäischen Rat im März erreichte Einigung auf das Ziel einer 30 %igen Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 im Vergleich

zu 1990, war ein historisches Ereignis, und wir von der britischen Konservativen Partei unterstützen vor allem diese Initiative ganz nachdrücklich.

Was den Europäischen Rat vom vergangenen Wochenende angeht, so haben wir viele unterschiedliche Interpretationen zum Ergebnis des Gipfels vernommen. Im Vereinigten Königreich waren die Reaktionen auf das Ergebnis natürlich nicht durchgehend positiv. Premierminister Blair, der heute aus 10 Downing Street auszieht, behauptet, der Entwurf des Reformvertrags habe wenig Ähnlichkeit mit dem Verfassungstext, der ihm vorausging. Doch vieler seiner Amtskollegen haben ihm widersprochen: beispielsweise der irische Taoiseach und die finnische Europaministerin – ja, Letztere sagte, am ursprünglichen institutionellen Paket habe sich nichts geändert. Wenn also unser Premierminister sagt, beides sei nicht ohne Weiteres vergleichbar, dann, denke ich, kann man es den Menschen in Großbritannien nachsehen, wenn sie daran zweifeln, was die britische Regierung wirklich unterschrieben hat. Wenn Herr Blair der britischen Bevölkerung in seinem letzten Wahlmanifest ein Referendum versprochen hat, dann meine ich wirklich, dass es seinem Nachfolger, Gordon Brown, obliegt, dieses Versprechen zu halten.

Frau Bundeskanzlerin, ich hätte gern eine Klarstellung zu den weithin vernehmbaren Berichten, das Eintreten der EU für einen freien und unverzerrten Wettbewerb sei im Entwurf des Mandats für die Regierungskonferenz untergraben worden. Ich höre jedoch auch, ein Protokoll sei beigefügt worden, um deutlich zu machen, dass sich die Union in der Tat voll und ganz dem Wettbewerb und freien Märkten verpflichtet fühlt. Es gibt Berichte, der deutsche Finanzminister selber sei beunruhigt über die Änderung. Er soll gesagt haben: ‚Ich sehe das mit einer gewissen Skepsis. Wenn das so weiter geht, sehe ich eine Gefahr.‘ Für viele Briten bilden der Binnenmarkt und eine wirklich wettbewerbsfähige Wirtschaft die entscheidende Grundlage für ihre Unterstützung einer Mitgliedschaft Großbritanniens in der Union, und sie wären mit Recht beunruhigt über jeden Versuch, das zu untergraben. Ich wäre äußerst dankbar, wenn die Frau Bundeskanzlerin mir in dieser Frage Gewissheit geben würde.

**Harlem Désir (PSE).** – (FR) Herr Präsident, natürlich ist es schwierig, dem Versuch zu widerstehen, die Kanzlerin zu beglückwünschen, und ich werde ihm im Übrigen nicht widerstehen. Frau Merkel, ich beglückwünsche Sie, auch wenn ich gegenüber dem künftigen Vertrag selbst eher skeptisch bleibe. Doch die Reform der Verträge war schließlich zum Stillstand gekommen. Europa war in eine Sackgasse geraten, seine Einheit stand auf dem Prüfstand. Sie haben ihm eine neue Chance gegeben.

Die am 23. Juni in Brüssel erreichte Einigung ist ein komplizierter Kompromiss, der nach vielen Bemühungen in einem Rat erzielt wurde, der stärker von nationalen Spannungen einiger als von einem gemeinsamen europäischen Geist geprägt ist. Ein Kompromiss, der auf Kosten einer lächerlichen Aufgabe der EU-Symbole und des höchst bedauernswerten „Opting out“ bei der Charta der Grundrechte erreicht wurde. Es ist jedoch zumindest eine Einigung, die zu einer Zeit gekommen ist, in der Europa seine Einheit und seinen Wunsch bestätigen muss, sich weiter zu entwickeln, um die Erwartungen der Bürger zu erfüllen und die Herausforderungen zu bewältigen, denen es in der Welt und innerhalb Europas gegenübersteht. Der künftigen Regierungskonferenz müssen daher alle Möglichkeiten eingeräumt werden.

Was den Vertrag selbst betrifft, so können wir ihn erst endgültig beurteilen, nachdem wir die endgültige Fassung gesehen haben, die sich daraus ableitet. Zweifel bleiben bestehen, doch das Mandat hat zumindest den Verdienst, die institutionellen Neuerungen zu übernehmen, die im ersten Teil des Verfassungsentwurfs enthalten waren, und die kaum in Frage gestellt wurden, selbst nicht in Ländern, in denen das „Nein“ beim Referendum überwog. Ich spreche von den verstärkten Befugnissen des Europäischen Parlaments, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, den neuen Bestimmungen über die Mehrheiten bei der Beschlussfassung und den Übergang zur Einstimmigkeit bei einigen Fragen. Aus dieser Sicht hoffe ich daher, dass das Ergebnis es ermöglichen wird, den im Verfassungsentwurf enthaltenen Fortschritt zu bestätigen.

Nun möchte ich noch zwei Punkte hervorheben, die für unsere Fraktion wichtig sind und die soziale Dimension der Europäischen Union betreffen. Zum einen gab es einen Artikel über die horizontale Sozialklausel und zum anderen einen Artikel, mit dem die Rechtsgrundlage für die Annahme einer Richtlinie über Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichem Interesse geschaffen wird. Bei diesen beiden Punkten bleibt das Mandat der Regierungskonferenz vage. Wir werden sehr wachsam sein, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die in der Regierungskonferenz versammelten Mitgliedstaaten, nachdem sie auf die Charta der Grundrechte verzichtet haben, diese beiden möglichen Fortschritte bei der sozialen Dimension der europäischen Verträge nicht weiter unterminieren.

**Andrew Duff (ALDE).** – (EN) Frau Ratspräsidentin! Ich danke Ihnen dafür, dass Sie ein gewisses Maß an Realpolitik in den Europäischen Rat bringen. In drei Tagen werden Sie von der Präsidentschaft befreit und in der Lage sein, die deutsche Politik mit großem Selbstbewusstsein auf der europäischen Bühne zu vertreten. Können Sie uns zusichern, dass Deutschland stets gegen Rosinenpickerei im Zusammenhang mit Europa – Tony Blairs trauriges Vermächtnis – ankämpfen wird? Meiner Ansicht nach ist es vernünftig, jetzt die im Vertrag enthaltenen revidierten Bestimmungen über die engere Zusammenarbeit in die Praxis umzusetzen.

Sie sprachen von dem afrikanischen Sprichwort, das besagt, dass man für sich allein schneller, aber zusammen mit anderen weiter gehe. Das Problem dabei ist, wenn man an der Methode der britischen Regierung festhält, dann werden wir einfach weiter im Kreis gehen. Zeigen Sie den Weg nach vorn, brechen Sie aus dem Korral aus, und die furchtsameren und konservativen Partner werden folgen.

**Mirosław Mariusz Piotrowski (UEN).** – (PL) Herr Präsident, Frau Bundeskanzlerin! Ich möchte zu Beginn auf den Redebeitrag von Herrn Schulz eingehen, der sich erdreistet hat, die demokratisch gewählte Regierung Polens zu belehren und zu beleidigen. Die Position, die die Regierung in diesen Verhandlungen vertreten hat, wird selbst von der Opposition und somit von der überwiegenden Mehrheit der polnischen Bevölkerung unterstützt, die Herr Schulz beschimpft hat. Dieses Haus kann ein solches Verhalten nicht dulden.

Was die deutsche Ratspräsidentschaft anbelangt, so möchte ich darauf hinweisen, dass ihr Ziel von Anfang an darin bestand, die Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft in Ordnung zu bringen. Bedauerlicherweise hat sie die Wiederbelebung des Verfassungsvertrags zu ihrer Priorität erklärt, der bereits in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden ist. Dessen ungeachtet besteht ihr größter Erfolg darin, dass es ihr gelungen ist, 27 Staats- und Regierungschefs dazu zu bringen, dass sie ihre Unterschrift unter die abgeschwächte Version dieses Vertrags setzen.

Es ist jedoch die Art und Weise, in der die Verhandlungen geführt wurden, die Besorgnis ausgelöst hat, denn in den Verhandlungen wurden Staaten, die eine abweichende Position vertraten, regelrecht erpresst. Hoffen wir, dass dies nicht zur gängigen Praxis in den Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten wird. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Frau Ratspräsidentin zu fragen, welchen Rechtsstatus der Verfassungsvertrag in Deutschland hat, wo er nicht vom Bundespräsidenten unterzeichnet wurde, und ob es zutrifft, dass bei der Zählung der Stimmen im deutschen Bundesrat eine Variante des Quadratwurzel-Verfahrens angewandt wurde, des Verfahrens also, das beim Gipfeltreffen so vehement kritisiert worden ist.

**Jim Allister (NI).** – (EN) Herr Präsident! Sie sagten, im neuen Vertrag bliebe der wesentliche Inhalt der Verfassung erhalten. Bundeskanzlerin Merkel stimmte dem heute zu. Kommissarin Wallström sagte, es handle sich im Wesentlichen um denselben Vorschlag wie die alte Verfassung, und Regierungen in ganz Europa haben ihn als zu 99 % identisch beschrieben. Sie und alle die anderen, Herr Präsident, haben Recht!

Doch es gibt einen Regierungschef – ich berichtige: ehemaligen Regierungschef, Tony Blair –, der behauptet, es sei etwas völlig anderes. Warum? Damit er die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs um das Referendum bemogeln kann, das er ihr versprochen hat, denn er weiß, er kann es nicht gewinnen. Das britische Volk wird sich jedoch von der schändlichen Heuchelei der britischen Regierung nicht täuschen lassen, denn wir wissen: Wenn ein Vertrag wie eine Verfassung aussieht, wenn er mit den Worten einer Verfassung zu uns spricht, wenn er uns wie eine Verfassung in den festeren Würgegriff der Brüsseler Kontrolle führt, dann *ist* er eine Verfassung, wie täuschend man es auch umschreiben mag. Deshalb fordern die Menschen im Vereinigten Königreich noch immer ein Referendum, weniger wäre Betrug.

**József Szájer (PPE-DE).** – (EN) Herr Präsident! Ich habe einen Würfel mitgebracht, der die Flagge der Europäischen Union zeigt – die zwölf Sterne. Hergestellt wurde er in Deutschland, erfunden von einem Ungarn, und er besteht aus 27 Teilen. Ich habe ihn mitgebracht, damit er uns daran erinnere, wie schwierig es ist, diesen Vertrag zusammenzufügen. Wie dieser Würfel sollte er die Symbole aufweisen, er sollte eine Botschaft haben und ein Grundstein, ein Fundament unseres gemeinsamen europäischen Hauses sein, doch er besteht zugleich aus 27 Teilen. Deshalb gratuliere ich der deutschen Ratspräsidentschaft dazu, dass es ihr gelungen ist, diese 27 Teile wieder zusammenzusetzen, denn es sind große und kleine Teile – nicht alle Teile sind identisch. Der Würfel ist nicht immer so schön, denn Sie können die Trennlinien sehen. Aber von heute ab könnte man ihn als guten Grundstein bewahren.

Ich möchte hinzufügen, dass auf seine Schachtel das Wort ‚fragile – zerbrechlich‘ geschrieben werden sollte. Wir alle im Europäischen Parlament und im Rat müssen sehr sorgsam darauf achten, dass die Teile dieses Würfels zusammengehalten werden. Ich bin sehr froh, dass Europa am Ende zu schlucken versucht, was es jahrelang nicht zu schlucken vermocht hat. Insofern macht es Europa stärker, denn wir alle brauchen so etwas wie einen Grundstein. Wir brauchen eine gemeinsame Außenpolitik sowie gemeinsame Aktionen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Gewährleistung der Menschenrechte und Minderheitenrechte ohne zweierlei Standards. Aus dieser Sicht bin ich wirklich dankbar, dass ein Bezug auf Minderheiten nicht aus dem Reformvertrag herausgenommen worden ist. Ich bedaure aber auch, dass Elemente fehlen, vor allem der Bezug auf Dinge, die einige Leute aus dem Vertrag herausnehmen wollten – die Symbole der Europäischen Union, die Sterne, die Flaggen –, oder jeglicher Bezug auf das Christentum. Das sollte nicht sein.

Lassen Sie uns diesen Würfel zusammenhalten und sorgsam mit ihm umgehen, denn er ist zerbrechlich.

*(Beifall)*

**Der Präsident.** Vielen Dank, József Szájer! Als wir uns das erste Mal begegnet sind, haben Sie mir ein Stück Stacheldraht mit der ungarischen Flagge als Zeichen dafür gegeben, dass die Trennung Europas überwunden ist. Das war damals ein sehr schönes Symbol, und ich habe es nie vergessen.

**Jo Leinen (PSE).** – Herr Präsident! Ich möchte an meinen Vorredner anknüpfen. Vielleicht sollten wir jetzt die Flagge noch öfter zeigen und die Hymne noch öfter spielen, um zu zeigen, dass so etwas nicht verloren gehen kann, weil es einfach da ist.

Wir haben dafür gekämpft, dass die Substanz erhalten bleibt. Das ist gelungen und ich denke, das ist ein Erfolg. Trotzdem ist mehr verloren gegangen als nur der Name und die Symbole. Man muss doch sehen, dass der Reformvertrag etwas anderes ist als der Verfassungsvertrag, weil die Vision einer politischen Union nicht nur des Europas der Staaten, sondern des Europas der Bürgerinnen und Bürger jetzt in weitere Ferne gerückt ist, und es wird lange dauern, bis wir einen neuen Anlauf für eine europäische Verfassung machen können. Die Europagegner haben an dieser Stelle gewonnen, und die europäischen Föderalisten haben an dieser Stelle verloren. Das muss man ganz deutlich sagen.

Ich denke auch, dass der vereinfachte Vertrag leider ein komplizierter Vertrag bleibt. Es gibt einen Verlust an Transparenz. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich nicht so gut mit dem neuen Produkt identifizieren können, wie sie es mit dem Verfassungsvertrag gemacht haben. Drittens macht mir Sorgen, dass das Misstrauen unter den Mitgliedern, aber auch das Misstrauen einiger Mitglieder gegenüber der EU und ihren Institutionen gewachsen ist. Alle wollen Mitglied werden, aber nicht alle wollen mitmachen. Wir werden sehr gut beobachten, ob es nicht nur unterschiedliche Geschwindigkeiten, sondern auch unterschiedliche Klassen gibt. Einige wollen offensichtlich zweitklassig sein. Wenn sie das wollen, dann sollen sie es sein. Sie sollen die anderen nicht blockieren können. Das war eine wichtige Etappe, die uns voranbringt. Aber es ist nicht das Ende des Reformprozesses, und der neue Vertrag wird diesem Parlament zum ersten Mal die Möglichkeit geben, selbst Vorschläge für weitere Reformschritte zu machen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass wir in der nächsten Legislaturperiode auf all das zurückkommen werden, was jetzt liegen geblieben ist, und die Fortentwicklung der Europäischen Union aus dieser Bürgerkammer Europas heraus betreiben werden.

**Gerardo Galeote (PPE-DE).** – *(ES)* Herr Präsident! Kein Zweifel, Bundeskanzlerin Merkel und ganz besonders der Präsident der Europäischen Kommission, der nach der Annahme der Finanziellen Vorausschau nun seinen zweiten großen Erfolg für sich verbuchen kann, sind zu beglückwünschen, weil wir die Gefahr einer Krise abgewendet haben.

Vielleicht haben viele Mitglieder dieses Hauses auf ein besseres Ergebnis gehofft, aber wir müssen anerkennen, dass diese Vereinbarung voll und ganz im Einklang mit der Gemeinschaftsmethode steht. Ich bin davon überzeugt, dass wir unsere Arbeit bis 2014, oder unter bestimmten Umständen auch für weitere drei Jahre, problemlos auf der Grundlage des in Nizza festgelegten Beschlussfassungsverfahrens weiterführen können, das, wie ich bemerken möchte, insbesondere im Hinblick auf die Bewältigung der Erweiterung eingeführt wurde.

Ich hoffe außerdem, dass zur Abrundung des institutionellen Pakets die zwanzig derzeit freien Sitze im Europäischen Parlament für die Wahlen 2009 noch zugeteilt werden können, natürlich unter strikter Einhaltung der Kriterien der Verhältnismäßigkeit, das heißt, dass die Zuteilung streng demokratisch vorgenommen werden muss.

Mit Blick auf die Fortschritte im Bereich Justiz und Inneres möchte ich anregen, auf der Regierungskonferenz die Gelegenheit zu nutzen, um die Inhalte und Pflichten der Funktion des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung festzulegen. Ich bin der Ansicht, dass mit der Schaffung dieses Amtes einer objektiv bestehenden Notwendigkeit und einer großen Besorgnis unter den europäischen Bürgern Rechnung getragen wird, die bei der letzten Eurobarometer-Umfrage deutlich geworden ist.

Ich vertraue im Übrigen darauf, dass die Dienststellen der Europäischen Kommission dafür Sorge tragen werden, dass die Terrororganisation ETA bei ihrem wahren Namen genannt wird.

Ebenso begrüße ich es, dass im letzten Punkt der Schlussfolgerungen der Friedensprozess in Nordirland erwähnt wird, obgleich ich zu meinem Erstaunen feststellen muss, dass kein Wort über die Bedrohung verloren wird, die die Aufkündigung der Waffenruhe durch die ETA für die europäischen Bürger, und insbesondere für die spanischen Bürger, bedeutet. Es ist wichtig, dass jede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen wird, um die Solidarität der Organe der EU mit den Menschen zum Ausdruck zu bringen, deren Leben Tag für Tag in Gefahr ist.

**Andrzej Jan Szejna (PSE).** – *(PL)* Herr Präsident, Frau Bundeskanzlerin! Als Leiter der Delegation der polnischen Linken in der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament freue ich mich, dass ich dem auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates erreichten Kompromiss über das Mandat und die Eröffnung der Regierungskonferenz zustimmen kann. Mit dem gebilligten Mandat wird sichergestellt, dass im neuen Vertrag die wesentlichen institutionellen Aspekte des Verfassungsvertrags erhalten bleiben: die Grundrechtecharta, die erweiterten Befugnisse des Europäischen Parlaments, die Ernennung eines europäischen Chefdiplomaten und ein Verweis auf die europäische Energiepolitik.

Ich freue mich, dass die polnische Regierung letztlich einem Kompromiss zugestimmt hat und von ihrem Quadratwurzelsystem abgerückt ist, das von den übrigen EU-Ländern abgelehnt wird. Das war eine kluge Entscheidung. Die Verhandlungsmethoden der polnischen Regierung, von der auf den Zweiten Weltkrieg anspielende Argumente vorgebracht werden, schaden dem Ansehen Polens und haben die bislang guten Beziehungen zwischen Deutschland und Polen belastet.

Die polnische Gesellschaft vertritt in der Frage der Zusammenarbeit innerhalb der EU eine andere Position als die polnische Regierung. Achtzig Prozent der Polen befürworten die europäische Integration und ich bin davon überzeugt, dass es diese Haltung der polnischen Öffentlichkeit war, die letztlich den Kompromiss auf dem Gipfeltreffen ermöglicht hat.

Heute sagte die Bundeskanzlerin bei einem Treffen mit der Sozialdemokratischen Fraktion, dass für sie die Beziehungen zu Polen einen ähnlich wichtigen Stellenwert haben wie die Beziehungen zu Frankreich und dass die Missverständnisse ausgeräumt sind. Ich bin ihr sehr dankbar für diese Worte. Ich rufe die polnische Regierung auf, bei der Erarbeitung der endgültigen Fassung des Vertrages aktiv mit den anderen Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, damit der Vertrag vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 in Kraft treten kann.

*(Beifall)*

**Gunnar Hökmark (PPE-DE).** – *(SV)* Ich möchte der deutschen Ratspräsidentschaft danken für das, was sie gemeinsam mit der Kommission erreicht hat. Sie hat mit ihrer Arbeit den Grundstein für einen neuen Vertrag gelegt. Ich möchte der deutschen Ratspräsidentschaft nicht nur für das danken und ihr zu dem gratulieren, was sie erreicht hat, sondern auch zu dem, was zukünftig möglich sein wird.

Ein neuer Vertrag ist kein Selbstzweck. Ein neuer Vertrag ist notwendig geworden, weil die europäische Zusammenarbeit so erfolgreich ist. Zu diesen Erfolgen zählen die Erweiterung, die nicht nur dazu geführt hat, dass die Zahl der Mitgliedstaaten größer und die EU stärker geworden ist, sondern auch dazu, dass die Zahl der unterschiedlichen nationalen Positionen, die berücksichtigt werden müssen, größer geworden ist; der Binnenmarkt, durch den die wirtschaftliche Rolle Europas in der Welt mehr Gewicht erhalten hat; und die politische Integration und die Außenpolitik, durch die die Verantwortung der EU in der Welt gewachsen ist. Diese Entwicklungen sind der Grund dafür, dass ein neuer Vertrag notwendig geworden ist und diese Notwendigkeit weiter zunimmt.

Die Möglichkeiten, die sich nun eröffnen, führen uns aber auch vor Augen, dass nicht die Verträge das eigentliche Ziel sind, sondern die Maßnahmen, die auf der Grundlage dieser Verträge ergriffen werden können. Zukünftig wird es möglich sein, in drei Bereichen aktiv zu werden, die insbesondere vor dem

Hintergrund unserer Geschichte wichtiger sind als andere. Der erste Bereich ist das Klima und die Notwendigkeit einer Energiepolitik, mit der die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam eine lückenlose und sichere Versorgung gewährleisten können. Der zweite Bereich ist die künftige Erweiterung der EU. Die Frage der Erweiterung tritt nun erneut als wichtiges Thema in den Vordergrund, das neue Impulse von den Mitgliedstaaten und der Kommission braucht. Es sind die Erweiterungen, durch die die EU gestärkt worden ist und durch die sie neue Aufgaben erhalten hat und die uns eine einzigartige Möglichkeit zur Schaffung von Frieden und Wohlstand gegeben haben.

Hier hat auch der Binnenmarkt eine entscheidende Rolle gespielt. Ich möchte daher betonen, dass es nicht nur den Bereich der Wirtschaft betrifft, wenn ein freier und offener Wettbewerb in Frage gestellt wird, sondern dass damit auch die EU-weite Chancengleichheit der Mitgliedstaaten, der Bürger und der Unternehmen in Frage gestellt wird. Jeder, der diese Dinge in Frage stellt, stellt letztlich auch die Fähigkeit der Europäischen Union, Völker und Nationen zusammenzubringen, in Frage. Ich möchte daher einen klaren und dringenden Appell an die Kommission, die deutsche Ratspräsidentschaft und zukünftige Ratspräsidentschaften richten: Stellen Sie unmissverständlich klar, dass in Europa ein sicherer, freier und offener Wettbewerb für alle herrschen muss. Der Wettbewerb ist die Grundlage für Wohlstand, Freiheit und weiteren Erfolg.

**Edite Estrela (PSE).** – (PT) Herr Präsident! Bundeskanzlerin Merkel, auch ich möchte Ihnen gratulieren, nicht nur dazu, wie sie den Ratsvorsitz in der Union geführt haben, sondern auch zu den guten Ergebnissen der letzten Tagung des Rates. Ich bin Portugiesin und spreche leider nicht Deutsch, aber ich weiß doch, wie man Folgendes sagt:

Danke schön, Frau Kanzlerin Angela Merkel!

(PT) Wie Jacques Delors es formulieren würde, hat der Europäische Rat sein Möglichstes getan, um einen realistischen Kompromiss zu erreichen. Das war nicht einfach. Die Verschiedenartigkeit der Probleme und die unterschiedlichen Interessen fördern den nationalen Egoismus. Eine Einigung wurde erreicht, weil einige europäische Staats- und Regierungschefs, wenn auch nicht alle, wie wir wissen, Entschlossenheit, Verhandlungsgeschick und Verantwortungsbewusstsein bewiesen haben. Bis zur Ziellinie liegt aber noch ein weiter und schwieriger Weg vor uns. In diesen komplexen gemeinsamen Bearbeitungsverfahren kann man leicht über ein Komma stolpern oder über ein Wort in Streit geraten.

Wie der portugiesische Ministerpräsident José Sócrates sagte, haben wir ein Mandat, aber keinen Vertrag. Damit ein Vertrag zustande kommt, müssen alle zusammenarbeiten – der Rat, die Kommission und das Europäische Parlament. Eine gemeinsame Anstrengung ist unverzichtbar. Ich bin sicher, dass der portugiesische Ratsvorsitz vor dem Hintergrund der schwierigen internationalen Rahmenbedingungen und der Vorarbeit der deutschen Ratspräsidentschaft alles in seiner Macht Stehende tun wird, um den ihm übertragenen Auftrag so gut wie möglich auszuführen.

**Margie Sudre (PPE-DE).** – (FR) Herr Präsident, Frau Merkel, Herr Barroso, meine Damen und Herren! Der Europäische Rat hat beschlossen, die Reflexionspause zu beenden. Dies bedeutet, die Europäische Union hat endlich ein Heilmittel gegen die Lähmung gefunden, an der sie seit zwei Jahren leidet. Ohne eine Einigung zwischen den 27 wäre die Union nicht nur weiterhin blockiert gewesen, sondern wäre wahrscheinlich in eine echte Krise geraten und damit in einen Prozess, durch den unser gemeinsames Vorhaben Stück für Stück auseinandergebrochen wäre.

Das Mandat, das der Regierungskonferenz übertragen wurde, die für die Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs zuständig ist, mag nicht ideal sein, ist aber das Ergebnis eines schwierigen Kompromisses, der alle Mitgliedstaaten vereint, deren Meinungsverschiedenheiten, so wurde befürchtet, unüberwindlich zu werden begannen.

Ich möchte dem deutschen Ratsvorsitz und vor allem Ihnen, Frau Merkel, für Ihre Geschicklichkeit und Scharfsicht während der Verhandlungen danken.

Ich bin ebenfalls stolz auf die Rolle, die Frankreich und sein Präsident, Nicolas Sarkozy, gespielt haben, dessen Initiative einen vereinfachten Vertrag vorsah, um Europa aus einer seit langem bestehenden Sackgasse zu befreien, und dessen politischer Wille entscheidend war.

Wir mögen zwar bedauern, dass nicht alle unsere Partner vom Geist der Gemeinschaft erfasst wurden, aber Geduld und Zeit werden uns zweifellos dabei helfen, unser Werk zu vollenden. Ich sehe diesem

Vertrag von Lissabon nun mit Interesse entgegen, dessen Unterzeichnung im Oktober ein wunderbares Symbol für das Ende einer besonders desillusionierenden Phase der europäischen Integration sein wird.

**Zbigniew Zaleski (PPE-DE).** – (PL) Herr Präsident! Was Europa braucht, ist eine kluge und ausgewogene Führung, aber was Europa noch dringender braucht, sind gemeinsame Maßnahmen in wichtigen Bereichen auf der Grundlage der erklärten Werte, die zu einer tragenden Säule dieser Union geworden sind. Wenn die Union als gemeinsamer Markt angesehen wird, steht der Profit an erster Stelle, der vor den wichtigsten Zielen der Union rangieren würde, die dann ein Markt, aber keine Union mehr wäre. Wenn die Europäische Union bis zu einem gewissen Grad auch eine kulturelle und politische Einrichtung sein soll, kann die Situation der einzelnen Mitgliedstaaten nur durch „mehr Europa“, wie Herr Barroso häufig sagt, verbessert werden.

Ich möchte dazu jedoch Folgendes anmerken: Meiner Ansicht nach wäre das Quadratwurzel-Verfahren, das Polen vorgeschlagen und für sich beansprucht hat, keine schlechte Sache für eine echte Demokratie und Gemeinschaft und für die Gleichbehandlung der Bürger. Das System der doppelten Mehrheit könnte als Zeichen dafür angesehen werden, dass es in den nächsten Jahrzehnten keine Erweiterungen der Europäischen Union mehr geben wird.

Zum Schluss möchte ich einen Wunsch an uns alle und besonders an die Frau Ratspräsidentin äußern, die für beide Teile Europas Verständnis aufbringen sollte: Seien Sie Ihrem Nachfolger ein Vorbild für jene Verhandlungseffizienz, die nur erreicht werden kann, wenn der Wohlstand, die Rechte jedes europäischen Volkes, die echte Gemeinschaft und Gleichheit der Bürger als oberste Priorität gelten.

**Angela Merkel, amtierende Ratspräsidentin.** Herr Präsident! Es ist ein interessanter Zustand im Europäischen Parlament, wenn alle Chefs noch da sind. Insofern danke ich für die Aussprache.

Ich möchte nur kurz auf zwei Punkte eingehen. Erstens auf die Frage Binnenmarkt und Wettbewerb, die hier doch große Sorge hervorgerufen hat. Es gab eine Diskussion im Rat, ob der Wettbewerb ein Ziel unserer Bemühungen ist. Ich glaube, dass der Wettbewerb kein Ziel ist, sondern ein Mittel. Deshalb haben wir ihn aus der Rubrik Ziele herausgenommen, haben aber durch das Protokoll, das wir über den Binnenmarkt und den Wettbewerb einfügen werden, absolut klar gemacht, dass dieses Mittel unverändert und in seiner vollen Bedeutung — und darauf hat auch die Kommission ganz klar geachtet — erhalten bleibt. Es ändert sich also nichts. Beschäftigung und Wohlstand sind unser Ziel, aber unser Ziel ist nicht der Wettbewerb als solcher, sondern er ist ein Mittel.

Zweitens: Zum Abstimmungs-system ist viel gesagt worden. Ich möchte hier der Klarheit wegen noch einmal wiederholen: Alle möglichen Formen von Gewichtung, zu denen ja auch Wurzelsysteme gehören, sind denkbar, wenn man sie als alleinige Abstimmungsform nimmt. Hätten wir bei Null zu diskutieren begonnen, könnte man ja über alles reden. Aber es gibt eine doppelte Mehrheit, und diese doppelte Mehrheit bringt die Gewichtung zwischen Bevölkerungszahl und dem Prinzip „ein Land-eine Stimme“. Nur in dieser Doppelung ist das Stimmensystem akzeptabel, und wir haben jetzt wohl auch einen Weg gefunden, der uns wieder zu richtigen internationalen Weltproblemen führt und gleichzeitig ein hohes Maß an Gerechtigkeit hat.

Ich möchte abschließen mit einem herzlichen Dankeschön. Ich darf aus unserer Regierung berichten, dass wir heute eine Kabinettsitzung hatten, in der wir Bilanz gezogen haben, und dass alle Regierungsmitglieder stolz darauf waren, diese Präsidentschaft mit Enthusiasmus und viel Engagement geführt zu haben, und dass die sozialdemokratischen genau wie die christdemokratischen Regierungsmitglieder ihren Beitrag dazu geleistet haben.

(Beifall)

Zweitens möchte ich mich ganz herzlich bei der Kommission bedanken, bei José Manuel Barroso und bei allen Kommissaren. Wir haben intensiv und gut zusammengearbeitet, wir haben freundschaftliche, harte, immer wieder bis in die Nacht hinein dauernde Gespräche gehabt, aber wir haben uns zusammengerauft und ich glaube, Kommission und Rat gehen gestärkt aus dieser Präsidentschaft hervor. Es hat Spaß gemacht, mit Dir, José Manuel, ganz persönlich zusammenzuarbeiten, und es hat auch Spaß gemacht, mit der ganzen Kommission und allen ihren Mitarbeitern zusammenzuarbeiten. Ein herzliches Dankeschön!

Ein Dankeschön auch an das Europäische Parlament. Es ist schön, in diesem Parlament zu diskutieren, den Geist Europas zu spüren und mit dem Rückenwind — auch mit einem Stück Idealismus, der hier

vielleicht öfter anzutreffen ist als anderswo — manche schwierige Aufgabe zu bewältigen. Denn eines ist klar: Wo es keinen Idealismus mehr gibt, gibt es nur noch Nationalismus, da gibt es nur noch Beharren auf den eigenen Besitzständen. Das führt uns nicht weiter, und deshalb dem ganzen Europäischen Parlament und insbesondere denen, die immer Rückenwind gegeben haben, ein herzliches Dankeschön! Ich werde die Zusammenarbeit fast vermissen, aber man darf ja auch noch einmal als Besucher hierher kommen. Herzlichen Dank!

*(Beifall)*

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – *(PT)* Herr Präsident, Frau Bundeskanzlerin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich habe dem, was Frau Merkel soeben zum Thema Wettbewerb gesagt hat, nichts hinzuzufügen. Ich möchte lediglich klarstellen, dass aufgrund der Diskussionen, die es gegeben hat, eine im Verfassungsvertrag verwendete spezielle Formulierung gestrichen wurde, dass dadurch aber die im gesamten gemeinschaftlichen Besitzstand verankerten Grundsätze des Wettbewerbs in keiner Weise geändert werden. Das bedeutet, dass der Wettbewerb ein unverzichtbares Instrument für den Binnenmarkt und ein sehr wichtiges Instrument für das Wohlergehen der Bürger ist. Dieser Punkt ist geklärt worden und ich denke, dass wir unter diesem Aspekt mit den Ergebnissen dieses Europäischen Rates sehr zufrieden sein können.

Ich möchte noch ganz kurz auf einen weiteren Punkt hinweisen. Die Ergebnisse dieses Europäischen Rates, die in der Tat äußerst positiv waren, bedeuten, dass wir nun eine noch größere Verantwortung tragen. Schauen wir uns für einen Augenblick an, wo wir heute wären, wenn wir diesen Erfolg nicht erreicht hätten. Vor der Tagung des Europäischen Rates habe ich unermüdlich darauf hingewiesen, dass wir eine große Verantwortung in Bezug auf die Glaubwürdigkeit tragen. Wie können wir Europäer der Welt klar machen, dass wir es ernst meinen, wenn wir über die Energiesicherheit und die Bekämpfung der Klimaänderung sprechen und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, wenn wir nicht in der Lage sind, eine Lösung für die institutionelle Frage zu finden?

Dieses Ergebnis ist erreicht worden, aber wie bereits gesagt wurde, haben wir zwar ein Mandat, was erfreulich ist, aber noch keinen Vertrag. Aus diesem Grund müssen wir nun alle gleichermaßen unser Verantwortungsbewusstsein demonstrieren, damit wir während der portugiesischen Ratspräsidentschaft, wenn möglich bei der außerordentlichen Tagung des Rates im Oktober, einen Vertrag erreichen, mit dem die für die Union so enorm wichtige institutionelle Frage zum Abschluss gebracht werden kann. Nur so können wir unsere Arbeit zum Wohl der Bürger fortsetzen, die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern und weitere Investitionen im Bereich der Innovation durchführen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Innovation zu unseren Prioritäten gehören sollte, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, ebenso wie alle anderen Ziele der erneuerten Lissabon-Strategie.

Es gibt also unzählige Möglichkeiten, um Ergebnisse zum Wohle Europas und der europäischen Bürger zu erreichen. Und genau aus diesem Grund müssen wir dafür sorgen, dass die Europäische Union über die Institutionen verfügt, die unsere Handlungsfähigkeit gewährleisten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir heute in einer besseren Position sind, um diese Ziele zu erreichen, als wir es vor einiger Zeit waren. Deshalb möchte ich der deutschen Ratspräsidentschaft und allen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, nochmals gratulieren.

Es ist durchaus angebracht, die ausgezeichnete institutionelle Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission nochmals hervorzuheben und ganz besonders darauf hinzuweisen, dass damit zum ersten Mal eine Einigung zwischen 27 Mitgliedstaaten erreicht wurde, also zwischen den ältesten und den jüngsten Mitgliedstaaten, die alle vom Anfang bis zum Ende an diesem Prozess beteiligt waren. Die Verhandlungen waren manchmal schwierig, aber Tatsache ist, dass eine Einigung zustande kam und dies sollte als etwas sehr Positives hervorgehoben werden.

**Der Präsident.** Herzlichen Dank, Herr Kommissionspräsident! Die Erfahrung hat gezeigt, dass alle drei Institutionen für Europa immer in die gleiche Richtung gegangen sind. Morgen werden die Fraktionsvorsitzenden in Lissabon sein, um mit der zukünftigen Präsidentschaft über das weitere Verfahren zu beraten. Ich danke Ihnen allen für Ihre Teilnahme.

Die Aussprache ist geschlossen.

**Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Magda Kósáné Kovács (PSE)**, *schriftlich*. – (HU) Die in der zurückliegenden Woche erreichte politische Einigung über die Einberufung einer Regierungskonferenz sowie über die grundsätzlichen Eckpunkte des Reformvertrags ist ein Kompromiss, bei dem alle Beteiligten Zugeständnisse machen mussten, aber auch ein Kompromiss, der von allen Seiten akzeptiert werden kann. Der Reformvertrag hat Europa wieder auf den richtigen Weg gebracht und zur Vermeidung einer tieferen und lang andauernden Krise auf europäischer Ebene beigetragen.

Der Reformvertrag ist notwendig, um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Institutionen sicherzustellen, und er ist unverzichtbar im Hinblick auf zukünftige Erweiterungen. Das System der doppelten Mehrheit im Beschlussfassungsverfahren stellt eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen der großen wie der kleinen Länder sicher. Das Europäische Parlament ist unbestritten der Gewinner dieser Reformen, denn es erhält durch die Ausweitung seiner gesetzgeberischen Befugnisse ein ähnliches politisches Gewicht wie der Rat.

Diejenigen, die den Verfassungsvertrag unterstützen, dürfen jedoch nicht außer Acht lassen, dass Symbole eine wichtige Bedeutung haben. Die Befürworter der Integration haben nicht die Absicht, einen europäischen Superstaat zu errichten, sie wollen vielmehr den gemeinsamen oder, anders ausgedrückt, den supranationalen Willen im Gesetzgebungs- und Beschlussfassungsverfahren stärken.

Ein Beispiel haben die neun Mitgliedstaaten, darunter auch Ungarn, gegeben, die für die wichtigsten Werte der Verfassung eingetreten sind, wie zum Beispiel die Beibehaltung der Grundrechtecharta und den Schutz von Minderheitenrechten.

Die politischen Stürme, die im Rat tobten, haben uns zudem die äußerst wichtige Lektion erteilt, dass es bei den Entscheidungen einer Europäischen Union mit 27 Mitgliedern Zeiten gibt, in denen die Positionen der mittel- und osteuropäischen Länder aufgrund ihrer noch nicht abgeschlossenen Vergangenheitsbewältigung nur integriert werden können, wenn weitreichende Kompromisse gemacht werden. Deshalb ist es nun an der Zeit, dass die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten anfangen, mit der Unterstützung Europas ihre historischen Wunden zu heilen. Nur so kann vermieden werden, dass in dieser Region oder in einzelnen Ländern weiter mit der Opferrolle Politik gemacht wird.

**Richard Corbett (PSE)**, *schriftlich*. – (EN) Das Paket, auf das sich die 27 Regierungen am vergangenen Wochenende geeinigt haben, rettete viele der praktischen institutionellen Reformen, die im Verfassungsvertrag enthalten waren. Viele entscheidende Dinge sind jedoch herausgefallen: das Konzept einer ‚Verfassung‘, Titel und Status des ‚Außenministers‘, die Tatsache, dass die Charta der Grundrechte nicht vollständig im Vertrag erscheint und vor britischen Gerichten nicht durchsetzbar ist, die Symbole (Flagge und Hymne), die Änderungen an der Rechtsterminologie (wo Verordnungen und Richtlinien Gesetze und Rahmengesetze heißen hätten), die Verschiebung und die Änderung der neuen Stimmengewichtung im Rat; und es sind für einzelne Mitgliedstaaten, wie für das Vereinigte Königreich, verschiedene Ausnahmen gemacht worden.

Das sieht das Europäische Parlament als große Opfer an, aber sie sind notwendig, um die Ratifizierung des Pakets durch alle 27 Länder sicherzustellen.

**Pedro Guerreiro (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – (PT) Das Mandat der Regierungskonferenz zur Änderung der Verträge, das bei der letzten Tagung des Europäischen Rates unter Leitung der deutschen Ratspräsidentschaft festgelegt wurde, bestätigt, was wir seit langem anprangern, dass diejenigen, die die Ergebnisse der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden – in denen die so genannte Europäische Verfassung abgelehnt wurde – nicht akzeptiert haben, sich unverzüglich Gedanken darüber gemacht haben, wie sie den in einem demokratischen Verfahren zum Ausdruck gebrachten Willen der Bürger dieser beiden Nationen umgehen können.

Das Mandat der Regierungskonferenz spricht für sich selbst. Es geht darum, die wesentlichen Inhalte des bereits abgelehnten Vertragsentwurfs hinüberzuretten – Ungereimtheiten zu beseitigen, vor allem diejenigen, die bei den Volksabstimmungen, die nun umgangen werden sollen, aufgedeckt wurden –, den Vertrag als „Reformvertrag“ darzustellen und den „Verfassungscharakter“ in den Hintergrund zu rücken, um so das ganze Vorhaben besser verschleiern zu können.

Diejenigen, die pausenlos wiederholen, dass der neue Vertragsentwurf durch und durch demokratisch ist, sind letzten Endes dieselben, die auch diesmal wieder Pläne schmieden, wie bindende nationale Volksabstimmungen vor der Ratifizierung eines neuen Vertragsentwurf verhindert werden können. Dies ist vor allem deshalb so Besorgnis erregend, weil es ein Versuch ist, den qualitativen Sprung, der mit

dem föderalistischen, neoliberalen und militaristischen Gemeinschaftsprojekts in der abgelehnten „Europäischen Verfassung“ vollzogen werden sollte, noch einmal zu wagen.

Wir weisen mit allem Nachdruck darauf hin, dass dieses Vorgehen in doppelter Hinsicht inakzeptabel ist.

**Tobias Pflüger (GUE/NGL), schriftlich. – (EN)** Die deutsche Ratspräsidentschaft war eine Katastrophe. Der so genannte Reformvertrag, der als Erfolg ausgegeben wird, legt nicht das Fundament für eine soziale, demokratische und friedliche EU. Im Gegenteil, die EU ist jetzt noch mehr geteilt. Am schlimmsten in dieser Hinsicht waren Drohungen deutscher Politiker wie des PSE-Vorsitzenden Martin Schulz gegen Polen und Großbritannien. Ferner wurde die Militarisierung der EU beschleunigt, und es hat keine Verpflichtungen zu einer anderen Politik auf dem Gebiet des Klimawandels gegeben. Über jeden neuen EU-Vertrag sollte durch Volksentscheid in allen Mitgliedstaaten befunden werden. Es ist unmöglich, dass ständig davon die Rede ist, die Bürgerinnen und Bürger sollten stärker in die europäischen Angelegenheiten einbezogen werden, während man ihnen gleichzeitig kein Stimmrecht zu den wichtigsten Fragen in der EU gibt. Mein Wunsch wäre, dass die Stimmen der Völker, die den Verfassungsvertrag wegen seines neoliberalen und militaristischen Charakters zurückgewiesen haben, letztendlich Gehör fänden. Ich sehe jedoch das Gegenteil: Wir sind Zeugen des Versuchs, die Substanz des Verfassungsvertrags durch die Hintertür anzunehmen, indem das Projekt in ‚Reformvertrag‘ umbenannt wird und die Möglichkeit von Referenden ausgeschlossen ist. Wenn sich die EU auf demokratischen Prinzipien gründen soll, dann muss dies verhindert werden.

## **7. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**

## **8. Unterbrechung der Sitzungsperiode**

**Der Präsident.** Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

*(Die Sitzung wird um 17.25 Uhr geschlossen.)*